

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Saubere Sache: Sarah Casanova putzt beim Reinigen. Seite 20

Schweizer Detailhandel

Verkauf hat die Krise

6 Seiten Extra: Die grosse
work-Umfrage • Das sagt
Unia-Chefin **Vania Alleva** •
Personal ist am Anschlag:
Immer **mehr Fläche**, immer
weniger Mitarbeitende,
immer **länger offen**.

Seiten 4–9

**Aufstand gegen
Baulöwe Manser**
Bischofszeller Búezer
wehren sich gegen
eine illegale Massen-
entlassung. Seite 3



**Gewerkschafter
auf der Piste**
Unia-Mann agitiert
auf Ski. Seite 13

Nestlé stresst
Der Food-Multi lässt
58 Stunden pro Woche
chrampfen. Seite 2

**Weniger
Miete
bezahlen**

Vermieter kassieren
14 Milliarden Franken
pro Jahr zu viel. So
können sich Mietende
wehren. Seiten 16–17



SHOPPING-HARAKIRI

Der Verkauf ist in der Krise. Manor schliesst Filialen. Und die Migros verkauft Globus an einen vorbestraften Tiroler Gewerkschaftsfresser. Derweil die Möbel-Pfister-Gruppe und ein Teil der Interio-Läden kürzlich vom österreichischen Möbelkonzern XXXLutz übernommen wurden. Der Schweizer Detailhandel hat richtig die Krise. So wie wir manchmal beim Shoppen. Zu heiss, zu eng, zu schrill: Joghurt-Türme, Kleiderberge, Parfuminvasionen und Black-Friday-Krieg. Ein kalter Schweissausbruch – und wir verlieren die Nerven. Und erst die Verkäuferinnen und Verkäu-

Ich konsumiere, also bin ich!

fer! Sie müssen nicht nur uns aushalten, sondern

chrampfen auch noch permanent am Limit. Weil die Chefs «Stunden sparen». Das zeigt die work-Umfrage bei 10 Verkäuferinnen von Aldi bis Migros. Und es ist gewollt. Denn Filialleiterinnen und Filialleiter machen ihre Einsatzpläne nach den zu erwartenden Umsatzzahlen. Dazu passen Arbeit auf Abruf und untermirdische Arbeitsverträge. Wie bei Esprit-Verkäuferin Nadine Schmid: Sie ist «0 bis 100 Prozent» angestellt. Das heisst, Esprit kann sie nach Belieben einsetzen. Oder auch nicht.

SONNTAG, ADE! Der Detailhandel ist eine Frauen- und eine Tieflohnbranche. Und der Markt ist gesättigt. Das erklärt Unia-Chefin Vania Alleva im work-Interview. Sie ist eine der besten Kennerinnen des Schweizer Detailhandels. Wachstum für einzelne Anbieter sei nur noch durch Verdrängung anderer möglich. Durch zusätzliche Verkaufsflächen und Mammut-Ladenöffnungszeiten. Der Coop-Laden im Berner Bahnhof hat inzwischen von 6 bis 23 Uhr geöffnet. 17 Stunden lang. 7 Tage die Woche. Ich konsumiere, also bin ich! Kundin und Königin. Mit diesem Slogan warben die Lädeler-Turbos schon immer. Das zeigt der work-Überblick über die Geschichte der Ladenöffnungszeiten. Schon 1961 verlangten die Deregulierer dringend Abendverkäufe. Und stierten sie durch. Dann verlängerten sie die Werktage und den Samstag. Und grillierten den Sonntag. Weil Bahnhöfe, weil Tankstellen-shops, weil «Tourismuszonen». Ja, die Deregulierer sind erfinderisch. Und aufsässig: Bis heute servierten sie uns 22 Abstimmungen, die allesamt den Sonntag zum Werktag machen wollten. 16 davon gingen bachab. Auch die Gewerkschaften sind halt hartnäckig.

GAV FÜR ALLE. Verrückt, aber wahr: Zalando macht in der Schweiz längst mehr Umsatz als alle Schweizer H & M zusammen. Mit seinem Versprechen «schnell und versandkostenfrei» verdrängt der Onlinehandel die Läden. Und drückt auf die Arbeitsbedingungen in der ganzen Branche. Denn «schnell und versandkostenfrei» geht für die Firmen nur auf, weil sie extrem prekäre Jobs zu Tiefstlöhnen anbieten. Viel Scheinselbständigkeit und viel Subunternehmertum. Unia-Chefin Alleva fordert deshalb jetzt einen Branchen-GAV. Einen für alle. Und gegen das grosse Shopping-Kamikaze-Harakiri.

Das alles und mehr lesen Sie auf den 6 Extra-Seiten Detailhandel (4–9).

Traditionskonzern Rieter schliesst Fabrik in Winterthur Fast 90 Industrie-Büezer verlieren ihren Job



EIN BILD AUS BESSEREN ZEITEN: Rieter schliesst in Winterthur nach 225 Jahren ein Kapitel Industriegeschichte. Rieter-Mitarbeiter bei der Montage einer Spinnmaschine. FOTO: KEYSTONE

Nach der Fertigung schliesst Rieter in Winterthur nun auch die Montage. 87 Mitarbeitende sind betroffen. Ein Schlag für die Stadt, aber auch für die ganze Schweizer Industrie.

RALPH HUG

Die Herstellung von Spinnereimaschinen hat Rieter schon vor vier Jahren eingestellt. Diese werden jetzt in Indien und China gebaut. Nun fällt auch noch die Montage weg. Der Schliessung fallen 87 Jobs zum Opfer. Der einst stolze Industriekonzern stellt damit die Produktion in Winterthur gänzlich ein. Damit geht nach 225 Jahren ein Kapitel Industriegeschichte zu Ende. In der Schweiz verbleiben nur noch Produktionsstätten in Rapperswil-Jona SG, Horgen ZH und Pfäffikon ZH.

Überraschend ist der Abbau nicht. Manuel Wyss, Industrieverantwortlicher bei der Unia, erinnert daran, dass Rieter vor vier Jahren die

Fertigung aus reiner Profitlogik geschlossen habe. Aber tragisch ist die Schliessung doch. Unter den 87 Betroffenen sind über die Hälfte älter als 50 Jahre. Viele sind treue Mitarbeitende mit zwanzig und mehr Dienstjahren. Für sie wird es aufgrund des Alters schwierig, einen anderen Job zu finden, ihnen droht Langzeitarbeitslosigkeit. Darum fordert die Unia vom Rieter-Management grosszügige

Viele Betroffene sind treue Mitarbeitende mit zwanzig und mehr Dienstjahren.

Frühpensionierungen. Der Konzern müsse auch für alle Lernenden Anschlusslösungen organisieren, so Wyss. Derzeit berät die Unia die Personalkommission. Laut Wyss hat Rieter genug Geld in der Kasse. Allein aus dem Verkauf eines nicht mehr benötigten Industriegrundstücks im deut-

schen Ingolstadt hat der Konzern im vergangenen September 60 Millionen Euro eingenommen (siehe rechts). Wyss vermutet, dass auch in Firmenstiftungen noch viel Geld lagere.

GUTE LÖSUNGEN

Im Moment läuft die Konsultationsfrist. Rolf Beyeler ist Unia-Mann und Koordinator des Europäischen Betriebsrates (EBR) bei Rieter. Er fordert: «Es muss zwingend auch der EBR einbezogen werden.» Weil Rieter ein internationaler Konzern mit Sitz in Europa ist, ist gemäss EU-Recht ein EBR vorgeschrieben. Für Mitte Februar hat dieser Betriebsrat eine ausserordentliche Sitzung anberaumt. Beyeler: «Wir arbeiten einen Fragenkatalog aus, den wir dann Rieter-CEO Norbert Klapper zustellen.» Dies bedinge aber, dass die Konsultationsfrist verlängert werde. Der EBR will, dass für die Betroffenen ausreichend Zeit für die Erarbeitung von guten Lösungen vorhanden ist.

RIETER

EIN ABBAU IN RATEN

Seit sechs Jahren baut Rieter ab und lagert Jobs nach Osteuropa und Asien aus. Vor zwei Jahren hat der Konzern die Produktion von Spinnereimaschinen im deutschen Ingolstadt aufgegeben. 220 Stellen gingen nach Tschechien. Dank Intervention der Gewerkschaften blieben 140 Jobs für Forschung und Entwicklung erhalten.

KONKURRENZ. Dasselbe passiert nun am Stammsitz in Winterthur Töss. Rieter verlegt die Produktion nach Asien, wo der grösste Textilmarkt der Welt ist. In Winterthur plant man dafür einen neuen Hauptsitz mit einem Campus für Technologie. Das Management konnte die Kunden noch einige Jahre lang mit einer hochpreisigen Politik an sich binden. Doch das ist nun vorbei. China baut heute hochwertige Ringspinnmaschinen billiger. Rieter zahlt den Tribut der Globalisierung. Aktuell zählt der Konzern weltweit noch 4700 Beschäftigte. Am Hauptsitz in Winterthur werden es noch 550 sein.

GEWINNE. Der an der Börse kotierte Konzern schreibt aber nach wie vor Gewinne. Für das Jahr 2019 werden 50 Millionen Franken erwartet. Trotz ständigem Abbau hat er noch jedes Jahr an die Aktionäre eine Dividende ausgeschüttet. CEO Norbert Klapper streicht jährlich rund eine Million ein. (rh)

58-Stunden-Wochen bei Nestlé-Tochter Nespresso in der Westschweiz Mitarbeitende sagen: «Es ist die Hölle!»

Die Schweizer Nespresso-Arbeiterinnen und -Arbeiter protestieren: «Das neue Schichtsystem ist schlichtweg unmenschlich.»

CHRISTIAN EGG

Je zwölf Stunden am Samstag und Sonntag. Am Montag und Dienstag je acht Stunden. Dann einen Tag frei, nochmals zwei Tage arbeiten. Und zum Abschluss zwei Nachtschichten, wieder am Samstag und Sonntag, wieder je zwölf Stunden: Das ist der Arbeitsplan von Nespresso-Arbeiter Bernard Gauthey*. Nach nur zwei freien Tagen geht der Zyklus wieder von vorne los.

Arbeitspläne von Nespresso, die der Unia vorliegen, belegen sogar Arbeitswochen von 58 Stunden. Und nie haben die Arbeiter länger als zwei Tage

hintereinander frei. In der Westschweizer Unia-Zeitung «L'Événement Syndical» findet Gauthey klare Worte: «So zu arbeiten ist die Hölle.»

PROTEST. Vor einem Jahr führte die Nestlé-Tochter ein neues Schichtmodell für ihre drei Fabriken in Avenches VD, Orbe VD und Romont FR ein. Seitdem arbeiten die 500 Mitarbeitenden in vier Schichten à acht Stunden an sieben Tagen die Woche. Der Frauenanteil in den Fabriken liegt zwischen 5 und 10 Prozent.

Schon im Vorfeld protestierten sie gegen die Verschlechterung, unterstützt von der Unia. Im Mai 2018 schrieb work: «Sie fürchten um ihr Familienle-



NESPRESSO: Den Kapseln sieht man den Stress nicht an.

FOTO: JISU HAN/ UNSPLASH

ben und um ihre Gesundheit.» Doch Nespresso zog die Sache durch. Jetzt zeigen sich die Folgen.

ERSCHÖPFT. Arbeiter Gauthey: «Die Leute sind erschöpft, viele werden krank.» Für viele Familien seien die neuen Arbeitszeiten eine enorme Belastung:

«Einige Kollegen stehen kurz vor der Scheidung.»

Eine Unia-Umfrage, an der knapp die Hälfte der Nespresso-Mitarbeitenden teilgenommen haben, zeigt ein klares Bild: 88 Prozent sagen, die Arbeitsbedingungen hätten sich im letzten Jahr verschlechtert. Und sogar 95 Prozent geben an, sie fühlten sich wegen der neuen Schichten «sehr müde».

Weil Nespresso keine Anstalten macht, auf die Anliegen der Arbeiter einzugehen, ist denen jetzt der Geduldsfaden gerissen. Zusammen mit der Unia wollen sie jetzt eine Beschwerde bei der Arbeitsaufsichtsbehörde einreichen.

* Name geändert



FEST ENTSCLOSSEN: 40 der insgesamt 51 Arbeiter der Marty Bauunternehmung AG sind nicht bereit, die Massenkündigung kampfflos anzunehmen. FOTO: STEPHAN BÖSCH / PIXABAY

Bischofszell TG: Die Arbeiter der Marty Bauunternehmung AG wehren sich gegen illegale Kündigungen

Letzte Chance für Baulöwe Manser

Erst zahlte sich Patrick Manser hohe Summen aus, dann stellte der Bauunternehmer die gesamte Belegschaft auf die Strasse. Doch die Arbeiter lassen sich das nicht gefallen.

JONAS KOMPOSCH

Es herrschte dicke Luft im Arboner Gewerkschaftshaus. Fast 40 der insgesamt 51 Arbeiter der Marty Bauunternehmung AG aus Bischofszell TG waren der Einladung der Unia gefolgt, um das weitere Vorgehen im «Fall Manser» zu beraten. Aber auch, um einmal ihren ganzen Frust von der Seele zu reden. Und um zünftige Flüche auszustossen: «Sauhund!» war noch der freundlichste. Grund hatten die Bauleute mehr als genug. Als sie am 30. Januar nach der Arbeit nach Hause kamen, erwartete sie dort eine bitterböse Überraschung: In ihren Briefkästen fanden sie allesamt den blauen Brief. Und was für einen! Mit einem einzigen Satz begründete Verwaltungsratspräsident Patrick Manser, warum er sie schasst: «aus Vorsicht und aus wirtschaftlichen Gründen».

Von einer angeblichen Krisensituation hörten die Arbeiter aber zum ersten Mal. Magaziner Anton Fankhauser* erzählt: «Wir waren ein kerngesundes Unternehmen, dem es nie an Arbeit gefehlt hat!» Verschiedene Projekte hätten ausserdem nur noch auf ihre Ausführung gewartet, und selbst Manser habe noch am 20. Januar von «weiter wie bisher» gesprochen. Dann entschied sich der umtriebige Ge-

schaftsmann offenbar dennoch fürs Lichterlöschen – und brach dabei das Gesetz! Manser hätte der Belegschaft die Entlassungen vorgängig ankündigen müssen. Zudem hätte er die Betroffenen anhören und auch den Kanton informieren müssen. So verlangt es das Gesetz bei Massentlassungen. Manser aber tat nichts davon, sondern tauchte unter.

750 000 FRANKEN WEG

Warum Manser die Firma dichtgemacht hat, ist für die Entlassenen sonnenklar. Maurer Enrico Marzano* sagt: «Der wollte nur ans Geld!» Und Kranführer Ulrich Bieri* meint: «Der hatte von Tuten und Blasen keine Ahnung und wollte bloss abzocken!» In der Firma sei es nämlich ein offenes Geheimnis, dass Manser bereits im letzten Juni 750 000 Franken aus dem Firmenkapital abgezogen und über Nacht an eine seiner anderen Firmen (siehe Kasten) überwiesen habe. Damit sei er Geschäftsführer, Gründer und Miteigentümer Ronny Marty (35)

«Es war ein Fehler, es tut mir leid!»

BAUUNTERNEHMER
PATRICK MANSER

in den Rücken gefallen. Anfang Januar habe Manser schliesslich zum zweiten Schlag ausgeholt, um die Marty Bau auszuhöheln: In seiner Funktion als Verwaltungsrat mit Stichentscheid habe er sämtliche Firmenkonten sperren lassen, so dass Marty keinen Zugriff mehr darauf hatte. «Ronny waren schlichtweg die Hände gebunden» verteidigen die Arbeiter ihren früheren Chef, der selbst ein gelernter Maurer ist. Tatsächlich verliess Marty seine eigene Firma, wie aus dem Handelsregister hervorgeht. Was aber ist dran an

den Gerüchten um die angeblichen Geldverschiebereien Mansers?

ULTIMATUM

Dazu könne er sich aus juristischen Gründen nicht äussern, sagt Ex-Geschäftsführer Marty zu work. Bloss so viel: «Ich habe bis zuletzt für meine Leute gekämpft und helfe ihnen auch weiterhin, wo immer möglich.» Patrick Manser wiederum scheint Telefonaten mit der Presse systematisch auszuweichen. Per Mail richtet er schliesslich doch noch aus, es stimme nicht, dass er 750 000 Franken Firmenkapital abgezogen habe: «Das war eine Rückzahlung von direkten und indirekten Darlehen.» Zu den angeblichen Kontensperrungen schweigt sich Manser aus. Tatsächlich sei es aber wegen «unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten» zum Bruch mit Firmen-Miteigentümer Ronny Marty gekommen. Ausserdem seien die finanzielle Situation der Firma und auch die Auftragslage schlecht.

Und was ist mit der Missachtung der gesetzlichen Bestimmungen bei Massentlassungen? Manser sagt: «Das war ein Fehler, ich wurde falsch beraten. Ich habe mich dafür auch schon entschuldigt und wiederhole diese Entschuldigung hiermit.» Künftig werde er das Gesetz beachten: «Was hier passiert, tut mir wirklich leid.»

Wie ernst es Patrick Manser damit ist, kann er schon bald unter Beweis stellen: Die entlassenen Bauleute haben nämlich beschlossen, ihrem



Patrick Manser.
FOTO: WHOIS WHO

Imperium: Mansers Firmengruppe

Massentlasser Patrick Manser (47) ist im Thurgau kein Unbekannter. Schliesslich gehören dem Arboner neben der Marty Bauunternehmung AG noch über zwanzig weitere Firmen. Mehrheitlich sind diese in der Manser Group AG zusammengeschlossen. So etwa die Werkzeugherstellerin Taff Tool AG (35 Mitarbeitende), die Fitnesscenter-Kette Clever Sports AG (11 Studios), das Seil- und Hebe- technikumunternehmen Fortatech AG (60 Mitarbeitende) oder das Manser Handwerkercenter (38 Mitarbeitende).

FUSSBALLSTADION. Grösster Player in der Manser-Gruppe ist allerdings die Methabau, ein in sechs Aktiengesellschaften zerstückeltes Totalbauunternehmen mit 200 Mitarbeitenden. Bekanntestes Bauwerk der Firma ist der Lipo-Park, das vor drei Jahren eröffnete Schaffhauser Fussballstadion mit Zusatznutzung für Ladengeschäfte (Baukosten: 60 Millionen Franken). Der Grossteil der Stadion-Ladenflächen war noch bis vor kurzem Eigentum von Mansers Methabau. Doch wenige Tage vor den Entlassungen bei Marty verkaufte Methabau ihren Anteil an einen Zürcher Immobilienfonds. Insgesamt arbeiten rund 500 Personen in den Firmen Mansers, wobei der studierte Betriebswirt viele Mitarbeitende bloss ausgeliehen hat. Und zwar von seiner eigenen Temporärfirma namens Helvetic Personal AG. (jok)

Rausschmeisser eine letzte Chance zu geben. Bis am 17. Februar verlangen sie unter anderem eine fixe Zusage für Sozialplanverhandlungen mit den gewählten Personalvertretern und der Unia. Falls sich der Unternehmer aber weiterhin drückt, wird er mit Kampfmassnahmen rechnen müssen. Für ihn arbeiten will nämlich niemand mehr. Wen wundert's!

Epsilon muss blechen

BERN. Also doch: Die Postkommission des Bundes (PostCom) hat der Genfer Zustellfirma Epsilon eine happige Busse aufgebremmt. Wegen systematischen Lohndumpings muss sie jetzt 180 000 Franken zahlen. Zusätzlich zu den Lohnnachsicherungen von rund 600 000 Franken, die sie bereits im letzten Jahr leisten musste. Mit Hilfe der Unia hatten die Zustellerinnen und Zusteller die Post-Tochter Epsilon dazu gebracht, fortan anständige Löhne zu zahlen. Und sie mit Anstand zu behandeln. Zuvor seien die Chefs «richtige Diktatoren» gewesen, so Zusteller André Arciniegas damals im work. Wie die PostCom mitteilt, sei sie aktiv geworden, nachdem die Sendung «10 vor 10» über den Kampf der Zustellerinnen und Zusteller berichtet habe. Die Epsilon-Löhne hätten «die Mindeststandards signifikant unterschritten». Das Unterschreiten des gesetzlichen Mindestlohnes, wie es Epsilon praktiziert hat, «wiegt besonders schwer». Und noch etwas gibt die Kommission bekannt: Sie räume der Aufsicht über die Arbeitsbedingungen «eine hohe Priorität ein». Das merken wir uns.

Philip Morris schummelt

LAUSANNE. Der Tabakkonzern Philip Morris nimmt es mit der Wahrheit nicht so genau. 265 Stellen will er aus den Kantonen Waadt und Neuenburg auslagern,



FOTO: KEY

PHILIP MORRIS: Der Tabakkonzern baut 265 Stellen ab.

nach Polen, Portugal und Grossbritannien. Am Westschweizer Radio sagte ein Sprecher, man habe bereits mit den Gewerkschaften darüber gesprochen. «Doch das stimmt nicht», sagt Yves Defferrard von der Unia Waadt: «Philip Morris hatte uns nicht kontaktiert.» Es war danach die Unia, die mit dem Tabakmulti Kontakt aufnahm und zwei Personalversammlungen organisierte. Das Konsultationsverfahren läuft bis am 2. März.

Hafenarbeiter gegen Waffen

GENUA. Schon wieder schippert entlang der westeuropäischen Küste die «Bahri Yanbu». Wie bereits 2019 hat das Frachtschiff tonnenweise Kriegsmaterial aus EU-Ländern geladen. Und zwar für Saudiarabien, das seit fünf Jahren Jemen bombardiert und dabei laut Uno schon über 18 000 Zivilpersonen getötet hat. Nun regt sich in mehreren Häfen Widerstand. Nach Protesten annullierte die «Yanbu» jetzt ihren Stopp in Antwerpen. In Genua haben die Docker sogar eine Hafenblockade samt Streik angekündigt. Dazu teilte das autonome Kollektiv der Hafenarbeiter mit: «Wir sind es leid, Handlanger des Todes zu sein, und werden kein Kriegsmaterial mehr verladen.» Und weiter: «Für Waffen gehören die Häfen geschlossen, für Migranten aber geöffnet!»

*alle Namen geändert



FREIZEIT? AUSVERKAUFT! Für Abend- und Sonntagsverkäufe während des Ausverkaufs müssen die Detailhandel-Mitarbeitenden Extraschichten schieben.



DIGITALE KONKURRENZ: Selfscanning in der Migros in Seewen SZ.



STRESS-GARANTIE, ZEITLICH UNBESCHRÄNKT: Mieser Lohn, Druck, kein Respekt. Das verdribs vielen Verkäuferinnen und Verkäufern die Freude an der Arbeit.



SONNTAGS gekauft!

Vorbestrafter Gewerkschaftsfeind & Freund der Mächtigen Dieser Mann kauft Globus

Für rund eine Milliarde verkauft die Migros Globus an ein österreichisch-thailändisches Gespann. Der Mann hinter dem Deal heisst René Benko. Und ist überaus schillernd.

CLEMENS STUDER

Es ist Rausverkauf bei der Migros. Doch diesmal geht es nicht um Ananas, Aufschnitt oder Avocados. Es geht um Tochterfirmen und Immobilien. Ende November 2019 verkaufte der Genossenschaftsbund 6 seiner 11 Interio-Filialen an den Brachial-Möbelhändler XXXLutz. Einen notorischen Lohndrücker und Gewerkschaftsfeind aus Österreich (work berichtete: rebrand.ly/moebelrambo). Und Anfang Februar schlug der nächste umstrittene Österreicher bei der Migros zu: René Benko (43). Der Mann ist laut US-Wirtschaftsmagazin «Forbes» der drittreichste Österreicher (Vermögen: 4,9 Milliarden Dollar). Und er gebietet über die Signa-Holding.

VERSCHACHELTELT

Zu dieser gehören unzählige Firmen und Firmenbeteiligungen in den Bereichen Immobilien, Handel und Medien. Globus – und vor allem die dazugehörigen Immobilien – kauft Benko für rund eine Milliarde Franken. Und zwar über die «KaDeWe-Group», zu der auch die Luxus-Kaufhäuser KaDeWe (Berlin), Alsterhaus (Hamburg) und Oberpollinger (München) gehören. Diese Signa-Holding gehört seit 2011 der thailändischen «Central Group». Ebenfalls zum Handelsteil der Signa-Holding gehören in Deutschland die Karstadt-Kaufhäuser und der grösste Warenhauskonzern Galeria Kaufhof. Innert weniger Jahre war es Benko gelungen, die früher erbitterten Konkurrenten vollständig zu übernehmen. Auch sie im Besitz von Immobilien in bester Lage. Denn daran scheint Benko wesentlich mehr Interesse zu haben als am Handel. Die deutsche Dienstleistungsgewerkschaft Verdi kann davon ein trauriges Lied singen. Benkos Credo: Die Mitarbeitenden sollen zur Sanierung des Geschäftes beitragen – mit Lohnverzicht in Millionenhöhe. Ein ausgehandelter Sanierungstarifvertrag für einen Teil der Fusionsfirma sollte plötzlich auch für den anderen gelten. Was für einen Teil der Mitarbeitenden mindestens 10 Prozent weniger Lohn bedeutet hätte. Benko-Firmen tun alles, um auf dem Buckel der Beschäftigten Profit einzufahren. Erst im vergangenen Dezember streikten die Mitarbeitenden von Galeria Kaufhof und Karstadt, um endlich wieder einen Tarifvertrag (entspricht einem GAV) zu bekommen.

René Benko lässt seine Detailhandelsaktivitäten von der Schweiz aus steuern. An der Bärengasse 29 in der

Nähe des Zürcher Paradeplatzes sind 12 Signa-Firmen eingetragen. Und auch die Beschaffung der Fremdfinanzierung der Holding läuft über eine Schweizer Firma. Ebenfalls gut vertreten im Benko-Umfeld sind Schweizer Manager: als Angestellte und als Investoren. Mitmischen tun unter anderem der frühere Migros-Manager Dieter Berninghaus, der einst bei der Migros auch für Globus zuständig war.

Die Signa-Holding gehört zu 85 Prozent Benkos Privatstiftung. 5 Prozent hält Fressnapf-Gründer Thorsten Toeller. Fressnapf ist die drittgrösste Tierbedarfskette der Welt. Und 10 Prozent gehören Ernst Tanner. Der hat es als oberster Angestellter bei Lindt & Sprüngli laut «Bilanz» zu einem Vermögen von 800 Millionen Franken gebracht. Dazu gehören auch die 400 Millionen Euro, die Tanners Signa-Anteil wert sein soll. Wobei es auch Experten gibt, die den Wert von Tanners Anteil auf eine gute Milliarde schätzen. Die Signa-Holding ist absichtlich nicht börsennotiert. So muss sich Benko von (fast) niemanden in die Bücher blicken lassen. Zentrale Zahlen wie Gewinn und Reserven behält er lieber für sich.

SCHILLERND

Doch wie ist Benko, der aus einfachen Verhältnissen stammt, in so kurzer Zeit so reich geworden? Darüber zerbricht man sich in seinem Heimatland schon länger den Kopf. Und kommt zum Schluss: mit viel Fleiss – und noch mehr Protektion. Benko gilt als genialer Netzwerker und umgab sich schon früh mit Mächtigen aus Politik und Wirtschaft. Das hat ihn nach kleinen Anfängen rasch an die fetten Immobilienprojekte herangeführt, die den Grundstein seines Reichtums legten. Die Signa-Holding hat einen hochkarätigen sogenannten Beirat, der auf dem Papier nur beratend tätig ist: darin amtiert Benko als Vorsitzender, sein Stellvertreter ist der ehemalige österreichische Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ). Mit dabei natürlich auch Ernst Tanner. Nicht im «grossen» Beirat, aber immerhin im Beirat der Handelssparte sitzt noch ein Schweizer: David Bosshard. Er ist Leiter des Migros-Think-Thanks «Gottlieb Duttweiler-Institut».

Seit 2013 hat Benko in seinem Imperium keine operative Funktion mehr und (mindestens auf dem Papier) auch keine Entscheidungsbefugnisse. Das dürfte mit einem Urteil des Wiener



RENÉ BENKO: Dem Tiroler gehört jetzt Globus.

FOTOS: KEYSTONE, MONTAGE: WORK

Landesgerichts zusammenhängen. Dieses verurteilte ihn 2012 wegen «versuchter verbotener Intervention» (österreichisch für Schmiergeldzahlungen) in einem Steuerverfahren. Die Richterin nannte die Angelegenheit einen «Musterfall für Korruption». Es gab in Benkos Karriere noch weitere merkwürdige Vorgänge, die zumindest streng riechen, aber auf wundersame Weise nie zu einer Anklage geführt haben. Und darum wundert es auch kritische Beobachter nicht, dass sein Name im unterdessen legendären Ibiza-Video fällt. Dort phantasierte Heinz-Christian Strache, der damalige Vorsitzende

Benko wurde 2012 in einem «Musterfall für Korruption» verurteilt.

der rechtsnationalistischen FPÖ, wie er mit Hilfe einer angeblich russischen Oligarchentochter Österreich übernehmen würde. Und nannte als einen verdeckten FPÖ-Spender: Benko. Was dieser natürlich dementierte. Immerhin war er vorgewarnt.

FREUND KUNZ

Nach den Medienberichten über das Ibiza-Video platzte die Koalition von ÖVP und FPÖ. Bundeskanzler Sebastian Kurz musste zurücktreten, ist aber unterdessen wieder Kanzler. Und auch er schätzt René Benko. Damit dieser während der Weihnachtsferien 2017 ein dringendes Millionengeschäft abschliessen konnte, liess Bundeskanzler Kunz für seinen Kumpel extra das Bezirksgericht öffnen. Na, servus!

Die grosse work-Umfrage «Nehmen S

Verkäuferinnen wissen, wie der Laden läuft. Und dass die Chefs sie mit Hilfe von Algorithmen auspressen wie Zitronen.

CHRISTIAN EGG

Zum Beispiel Nadine Schmid*, Verkäuferin beim Modelabel Esprit. Laut Arbeitsvertrag ist sie «0 bis 100 Prozent» angestellt. Das heisst, Esprit kann sie nach Belieben einsetzen. Oder auch nicht. Für Schmid hat das Folgen. Obwohl Mitte zwanzig, wohnt sie noch bei der Mutter. «Ich möchte schon lange eine eigene Wohnung», sagt sie. «Aber ich muss froh sein, wenn ich Ende Monat die Rechnungen bezahlen kann.»

Schmid arbeitet für einen Stundenlohn von gerade einmal 22 Franken brutto. In den letzten drei Wochen hat sie fast nichts verdient. Eine Woche hatte sie Ferien, sagt sie work. «Die anderen zwei Wochen war ich zur Arbeit eingeteilt. Aber fast immer hat mir die Chefin kurzfristig wieder abgesagt.»

IMMER VERFÜGBAR

work hat zehn Verkäuferinnen aus der ganzen Schweiz ausführlich befragt. Sie arbeiten bei Coop, Migros, Aldi, Esprit, Beldona, Manor und Ikea (siehe Kasten). Das Beispiel von Esprit-Verkäuferin Schmid zeigt deutlich, was die Unia schon seit längerem kritisiert: Gerade in der Modebranche können viele Mitarbeitende von ihrem Job nicht leben. Bei Esprit sei nur etwa ein Drittel der Verkäuferinnen fest angestellt, sagt Schmid. Der Rest habe einen Vertrag wie sie, mit 0 bis 100 Prozent.

Nicht viel besser ist es bei der Unterwäschekette Beldona, wie Filialleiterin Sandrine Vuichard* berichtet. Dort seien die Verkäuferinnen (Stundenlohn: 24 bis 25 Franken brutto) in

* alle Namen geändert

workfrage:
Verkäuferinnen am Limit: Was können Kundinnen und Kunden tun?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

tiefen, variablen Teilzeitpensen angestellt: «Entweder 20 bis 40 Prozent oder 40 bis 60 Prozent.» Nicht genug, um eine Familie zu ernähren. Trotzdem müssen die Frauen möglichst von Montag bis Samstag verfügbar sein, können also daneben keinen zweiten Job annehmen.

Bei den Grossverteilern Coop, Migros und Aldi ergab die Umfrage ein anderes Bild. Abgesehen von einer Studentin, die als Aushilfe jobbte, waren alle Verkäuferinnen zwischen 70 und 100 Prozent angestellt. Zumindest bei Coop kein Zufall, denn laut GAV haben dort Aushilfen, die im Jahresdurchschnitt mehr als 50 Prozent arbeiten, Anrecht auf einen Fixvertrag.

PERMANENT AM LIMIT

Coop- und Migros-Verkäuferinnen berichten dafür von einem anderen Problem: Sie seien bei der Arbeit permanent am Limit. Immer müssten sie drei oder mehr Aufgaben gleichzeitig erledigen: einkassieren, Warenkisten auspacken, Regale auffüllen, Kundinnenfragen beantworten und vieles mehr. Die work-Umfrage bringt jetzt ans

«Sie wollen ständig Stunden sparen, und sie setzen uns unter Druck.»

SYLVIE MEYER*, MIGROS-VERKÄUFERIN

Licht: Diese Überlastung des Personals ist gewollt. Mit Computer-Algorithmen holen die Grossverteiler aus ihrem Personal ständig den maximalen Profit heraus, bei minimalen Kosten.

Und zwar so: Woche für Woche gibt der Filialleiter ein, mit welchem Umsatz er rechnet. Abhängig davon erhält er vom System eine Anzahl Personalstunden, die er einsetzen darf. Und damit macht er dann den Einsatzplan.

Den er aber laufend anpasst. Die 38jährige Coop-Verkäuferin Claudia Roth*: «Wenn der Umsatz tiefer ausfällt als geplant, schickt er gegen Ende der Woche Leute heim, um die Stunden zu senken.» Für die Verkäuferinnen heisst das: Wenn viel Kundschaft im Laden ist, gibt es viel zu tun. Wenn wenig Kundschaft im Laden ist, so wieso, weil dann auch weniger Mitarbeitende da sind, so dass sie die anfallenden Arbeiten umso schneller erledigen müssen.

Auch bei Migros hätten die Chefs «ein Budget von Stunden», sagt Verkäuferin Sylvie Meyer* (62): «Sie wollen ständig Stunden sparen, und sie setzen uns unter Druck.»

KRANK ZUR ARBEIT

Kommt dazu: Reserven sind offenbar nirgends eingeplant. Wird auch nur



BRATEN schmeckt auch gut, wenn am Samstag Fleischauslage im Coop in Seewen SZ.



«MEINE FAMILIE FEHLT MIR»: Unia-Aktion gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten im Kanton Waadt, 2017.



KEIN TRIUMPH: In der Modebranche sind die Arbeitsbedingungen der Verkäuferinnen besonders desolat. Dessousverkäuferin in einem Triumph-Laden.

im Detailhandel: Mieser Lohn, Stress, kein Respekt ie doch ein Dafalgan!»



LILA FRAUENPOWER: In Bern versammelten sich am Frauenstreik vom 14. Juni 2019 Verkäuferinnen mit ihren Forderungen, so lang wie die Marktasse, zu einer dreiviertelstündigen Protestpause. FOTO: MANU FRIEDERICH

eine Mitarbeiterin krank, gerät das System aus den Fugen. Wenn die Coop-Aushilfe Denise Zuber* (22) anruft und sich abmeldet, «ist die erste Reaktion meistens: «O Scheisse, jetzt müssen wir wieder Ersatz suchen.» Am Schluss liegt oft nicht mal ein «gute Besserung drin.»

IMMER LÄNGER OFFEN

Die knappe Planung verschärft den Druck aufs Ladenpersonal. In Zubers Filiale arbeiten jeweils zwei Mitarbeitende. Sie weiss genau: «Wenn ich krank werde und die Chefin keinen Ersatz findet, hat die Kollegin alleine den Superstress.» Um ihr das zu ersparen, habe sie sich schon mehrmals krank zur Arbeit geschleppt, sagt sie. Noch plumper ist der Druck, von dem die Kleiderverkäuferin Nadine Schmid berichtet. Eine Filialleiterin habe kranke Mitarbeiterinnen regelmässig gefragt: «Kannst du nicht ein paar Dafalgan nehmen und trotzdem zur Arbeit kommen?»

Gleich drei Verkäuferinnen in der work-Umfrage berichten, die Stunden in ihrem Laden seien in den letzten Jahren ausgeweitet worden. Und alle drei

sagen übereinstimmend: «Nein, mehr Personal wurde deswegen nicht eingestellt.» Klar ist: Die Ladenöffnungszeiten haben sich in den letzten Jahren stetig verlängert. Läden, die morgens um neun aufmachen und abends um halb sieben wieder zugehen, gibt es kaum mehr (siehe Seiten 8 und 9).

Und die Kundinnen und Kunden? Königlich ist ihr Benehmen nicht immer, wie mehrere Verkäuferinnen berichten. Noch vergleichsweise harmlos sind Touristinnen und Touristen. Coop-

Lied singen: «Eine Kundin kommt fast jede Woche in den Laden und ruft aus: Manor sei doof und habe nur blöde Verkäuferinnen.» Oder der Mann, der einen Stapel Kaschmir-Pullover umgeworfen habe, um das unterste Stück zu nehmen. Als sich eine Verkäuferin geirrt, etwas zu sagen, bekam sie zu hören: Sie sei ja dafür angestellt, das wieder aufzuräumen.

Ein anderes Mal habe sie eine Kollegin weinend an einer Kasse stehen sehen, so Benz weiter: «Eine Kundin hatte ihr gerade gesagt, sie arbeite ja gar nicht und sie wisse gar nichts.»

Am schlimmsten sei es im Ausverkauf, sagen die Kleiderverkäuferinnen. Noch einmal Sara Benz: «In der Kabine lassen sie die Kleider am Boden liegen und trampeln noch darauf rum.» Das tut ihr weh. Es sei ja keine minderwertige Ware, sagt sie, nur heruntergeschrieben.

Mieser Lohn, Stress, kein Respekt. Das verdirbt vielen die Freude an der Arbeit. Stellvertretend Manor-Verkäuferin Benz: «Für mich stimmt's schon lange nicht mehr. Es geht nur noch um die Zahlen, das Menschliche ist verloren gegangen.»

6 EXTRA-SEITEN ZUR LAGE IM DETAILHANDEL

- **Unia-Chefin Vania Alleva** erklärt die Krise im Verkauf und sagt, was die Unia gegen die lausigen Arbeitsbedingungen tut. **Seite 7**
- **René Benko, ein vorbestrafter Gewerkschaftsfeind:** Diesem Mann hat die Migros den Globus verkauft. **Seite 4**
- **Ladenöffnungs-Irrsinn im Tessin:** Unia geht vor Bundesgericht! **Seite 6**
- **Ladenöffnungszeiten: Wie es so kam, wie es jetzt ist.** Die grosse work-Chronik. **Seiten 8 und 9**

Aushilfe Zuber lacht und erzählt: «Mich hat mal einer gefragt, warum ich ihm nicht seinen Einkaufskorb hinterhertrage.» Gar nicht lustig findet sie dagegen sexistische Sprüche, «häufig von älteren Männern, etwa: «das hätte ich so einer jungen Frau gar nicht zugetraut».

Andere benützen die Verkäuferinnen, um ihren Frust abzulassen. Manor-Verkäuferin Sara Benz* kann davon ein

work-Umfrage: Wo drückt der Schuh im Verkauf?

work wollte es genau wissen: In ausführlichen Interviews befragten wir zehn Verkäuferinnen zu den drängendsten Problemen im Detailhandel. Die Stichprobe umfasst die Deutsch- und die Westschweiz und die verschiedenen Branchen des Detailhandels: Lebensmittel (Coop, Migros, Aldi), Kleider (Esprit, Beldona), Warenhäuser (Manor) und Möbel (Ikea). Die jüngste Teilnehmerin war 22 Jahre alt, die älteste 62. Die telefonischen Befragungen fanden in der ersten Februarwoche statt.

NUMMER DREI. Mit mehr als 300 000 Mitarbeitenden ist der Detailhandel die drittgrösste Branche in der Schweiz, hinter Bau und Gesundheit. Zum Vergleich: Im ganzen Finanzsektor arbeiten nur halb so viele Menschen wie im Detailhandel. Rund die Hälfte der Mitarbeitenden in der Branche arbeiten Teilzeit. Das trifft vor allem Frauen. Denn obwohl die Männer total nur einen Drittel der Arbeitskräfte stellen, besetzen sie mehr als die Hälfte der Vollzeitstellen. (che)

Nonstop-Verkauf: Elf Stunden an der Kasse

Damit die Kasse stimmt, sparen die Detailhändler am Personal. Das bringt sogar einzelne Führungskräfte auf die Palme.

CHRISTIAN EGG

Das Papier, das work vorliegt, hat Sprengkraft. Alleine in der Region Bern registrierte Coop 475 Verstösse gegen das Arbeitsgesetz in einem Monat. Vor allem wegen des Überschreitens der erlaubten Höchst-arbeitszeit pro Woche. Und weil Arbeitsbeginn und -ende mehr als 14 Stunden auseinanderlagen. Der Coop-Personalchef rechtfertigte die Gesetzesverstösse: Wenn Mitarbeitende kurzfristig ausfielen, müssten halt die anderen mehr arbeiten. Wie wenn Krankheit nicht ein vorhersehbarer Faktor im Personalmanagement eines Grossunternehmens wäre. Arnaud Bouverat von der Unia kritisiert: «Coop und die anderen Detailhändler kalkulieren mit zu wenig Personal» (work berichtete: rebrand.ly/500-verstoesse).

Klar ist: Der Detailhandel ist heute so stark unter Druck wie noch nie. Die Umsätze schrumpfen, während Onlinehändler wie Amazon, Zalando & Co. munter zulegen. Ausbaden müssen das die Mitarbeitenden.

SPARDRUCK. Das bestätigen auch einzelne Kadermitarbeitende. Eine langjährige Migros-Führungskraft, sie war unter anderem 12 Jahre lang Fachleiterin Kasse und Kundendienst, sprach im «Sonntagsblick» Klartext: «Bei immer längeren Öffnungszeiten müssen wir mit einem immer kleineren Team immer mehr Stunden abdecken.» Der Spardruck beim orangen Riesen sei ins Unerträgliche gewachsen – «bis die Leute krank werden».

Die Mitarbeitenden sassen «bis zu elf Stunden an der Kasse», so die Kaderfrau weiter. Mitsprache bei den Dienstplänen, wie es das Gesetz vorsieht? Fehlanzeige. «Die Filialleitung bestimmt, wer wann arbeitet.»

Ein Ikea-Teamleiter doppelte nach: Seit zwei Jahren seien die Filialen «notorisch unterbesetzt», die Mitarbeitenden permanent überlastet und immer häufiger krank. Doch von der Firmenleitung habe er immer nur die gleiche Antwort erhalten: «Wir müssen sparen.»

Lesetipp: Im Buch **Damit der Laden läuft** schildern Verkäuferinnen und Verkäufer ungeschminkt ihren Alltag. Herausgegeben von Elisabeth Joris und Rita Schmid, Rotpunktverlag, 2019, CHF 15.–. Unia-Mitglieder können kostenlos bestellen unter info.tertiaer@unia.ch.



RESPEKT? AUSVERKAUFT! Am schlimmsten sei das respektlose Verhalten der Kundinnen und Kunden im Ausverkauf, sagen die Kleiderverkäuferinnen.



FISCHERS FRITZ VERKAUFT FRISCHE FISCHE: Fischauslage in der Markthalle im «Viadukt» in Zürich.



SHOPPING FAST RUND UM DIE UHR in der wurden die letzten Jahre ständig verlängert,

Ladenöffnungszeiten Tessin Die Unia klagt

Plötzlich gelten im Tessin schlagartig 80 Quartiere als «Tourismuszonen» und dürfen ihre Ladenöffnungszeiten massiv verlängern. So nicht! sagt die Unia Tessin – und geht vor Bundesgericht.

MICHAEL STÖTZEL

Seit Anfang Jahr können im Tessin die Läden von 80 Quartieren in 115 Gemeinden sieben Tage die Woche von 6 bis 22 Uhr 30 Uhr offen haben. Weil sie neu als «touristische Zonen» gelten. Darunter auch das Quartier Molino Nuovo in Lugano. Dort ist der neue Unia-Regioleiter Tessin, Giangiorno Gargantini, geboren und aufgewachsen. Er versichert, «dass ich dort noch nie einen Touristen gesehen habe». Und genau das hatte die Tessiner Unia erwartet: Im März 2015 hatte das Kantonsparlament die Ladenöffnungszeiten im ganzen Tessin wochentags um eine halbe und



LUGANO: Im Tessin gelten neu 80 Quartiere als «Tourismusgebiete».

am Samstag um anderthalb Stunden verlängert. Dagegen hatte die Gewerkschaft das Referendum ergriffen, in der Überzeugung, dies sei nur der erste Schritt zu immer längeren Verkaufszeiten. Also die reinste Salamiaktik. Und die Unia dachte auch, die zum Ausgleich angekündigten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen werde es nicht geben. Zwar scheiterte das Referendum Anfang 2016. Doch nun bekommt die Unia recht.

DIE LÜGEN

Das neue Ladenöffnungsgesetz beschränkt sich nämlich keineswegs auf die halbe Stunde mehr. Die bisher etwa ein Dutzend «touristischen Zonen», in denen der Detailhandel von den langen Verkaufszeiten profitieren kann, haben sich plötzlich vermehrt. Auch die Arbeitsbedingungen wurden nicht verbessert, kritisiert die Unia Tessin. Zwar enthält das Gesetz einen allgemeinverbindlichen GAV, er sei jedoch schlechter als bestehende Verträge grosser Detailhändler. Teilweise führe er sogar zu Lohnabbau. Unia-Mann Gargantini: «Wer auch immer unter den Verkaufenden verbreitet hat, dass sich ihr Lohn verbessern würde, hat gelogen.» Es war die zweite grosse Lüge, nachdem der Bevölkerung bei der Abstimmung über das Referendum weisgemacht worden war, dass die Ladenöffnungszeiten nur um eine halbe Stunde verlängert würden.

DER VERFASSUNGSBRUCH

Die vorgängigen Verhandlungen über den neuen GAV bezeichnet die Unia als «beschämende Intrige». Sie vertritt gut 2000 Mitglieder im Verkauf. Trotzdem wurde sie ständig überstimmt von der christlichen Gewerkschaft OCST und zwei kleineren Organisationen, die keinerlei Verankerung im Verkauf haben. Zudem habe sich «auf mysteriöse Weise» die Zahl der Arbeitgeber in der Branche gegenüber den bisherigen Statistiken um fast die Hälfte verringert. Nur dadurch sei das Quorum von Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden erreicht worden, das es für den Erlass eines allgemeinverbindlichen GAV brauche.

Die Unia beabsichtigt jetzt, gegen das neue Gesetz vor dem Bundesgericht zu klagen. Es verletze die Einheit der Materie, weil kantonale Gesetze (Ladenschlusszeiten) mit Bundesrecht (Arbeitsbedingungen) vermischt würden. Ihre Verknüpfung sei verfassungswidrig, hatte das Bundesgericht bereits in einem Fall im Kanton Neuenburg entschieden.

Unia-Präsidentin Vania Alleva ist eine der besten Kenne

«Für den Konku bezahlen die Mitar

Immer mehr Verkaufsfläche. Immer längere Ladenöffnungszeiten. Und immer weniger Personal. Das bringt Verkäuferinnen und Verkäufer massiv unter Druck, sagt Unia-Chefin Alleva. Sie verlangt jetzt einen Branchen-GAV.

CLEMENS STUDER

Der Detailhandel in der Schweiz sorgte in den vergangenen Monaten für dicke Schlagzeilen. Die Möbel-Pfister-Gruppe und ein Teil der Interio-Läden wurden vom österreichischen Möbel-Konzern XXXLutz übernommen. Globus an austrija-thailändische Investoren verkauft. Manor schliesst Filialen. Coop verletzt in der Region Bern in einem Monat fast 500 Mal das Arbeitsgesetz. Die Verkaufenden sind am Anschlag: immer weniger Personal auf immer mehr Fläche während immer längerer Öffnungszeiten (siehe work-Umfrage Seite 5). Und dazu ein aggressiver Auftritt ausländischer Onlinekonzerne wie Amazon und Zalando.

Unia-Präsidentin Vania Alleva ist eine der besten Kennerinnen der Entwicklungen im Schweizer Detailhandel. Vor ihrer Wahl an die Spitze war sie in der Unia-Geschäftsleitung für den Detailhandel zuständig.

work: Vania Alleva, Sie beschäftigen sich seit 20 Jahren als Gewerkschafterin intensiv mit dem Detailhandel.

Erstaunen Sie die Schlagzeilen der vergangenen Wochen?

Vania Alleva: Nein. Der Detailhandel steckt seit längerer Zeit schon in einem massiven Strukturwandel. Bereits in den nuller Jahren kam es in der Branche zu einem enormen Produktivitätsschub, insbesondere durch die Automatisierung der Logistik. Doch diese Produktivitätsgewinne sind nie bei den Mitarbeitenden angekommen. Im Gegenteil.

Warum nicht?

Der Markt war und ist gesättigt. Wachstum für einzelne Anbieter ist nur durch Verdrängung anderer Anbieter möglich. Zur Hauptsache wird diese über die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten geführt und durch zusätzliche Verkaufsflächen. So wollen sich die Detailhändler Vorteile im Konkurrenzkampf verschaffen. Die Zeche dafür bezahlen und bezahlen die Mitarbeitenden. Massiv mehr

Verkaufsfläche ist massiv länger geöffnet. In 30 Jahren ist die Zahl der Mitarbeitenden um 20 Prozent geschrumpft. Ende 2018 waren es sogar rund 16 000 Personen weniger als vor zehn Jahren.

Was bedeutet das für die Verkäuferinnen und Verkäufer konkret?

Eine happige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den vergangenen Jahren: mehr Druck, mehr Stress in einer Branche, die schon vorher durch viele Teilzeitbeschäftigte geprägt war. Die Planbarkeit der Arbeitseinsätze nimmt ab. Überlange Arbeitstage nehmen zu, weil die Arbeitgeber die einzelnen Arbeitstage zusätzlich durch lange Pausen unterbrechen. Und die ganze Situation hat sich in den vergangenen Jahren durch die Digitalisierung und die ausländischen Onlinehandel-Konzerne wie Amazon und Zalando massiv zugespitzt.

Haben die Schweizer Detailhändler diese Entwicklung verschlafen und lassen jetzt die Mitarbeitenden dafür büssen?

Ein Teil der Detailhändler ganz klar. Sie haben zu spät und zu zögerlich in den Onlinehandel investiert. Das ist sicher bei Manor und auch bei Globus der Fall. Etwas schlauer waren die Genossenschaften Migros und Coop. Migros hat etwa mit Digitec und Galaxus innovative Unternehmen übernommen. Coop hat es mit Siroop versucht, das war al-

«Der zu knapp kalkulierte Personaleinsatz ist eines der Hauptthemen unserer Mitglieder.»

lerdings ein Flop. Aber mit Coop@home, übrigens der einzige einem GAV unterstellte Onlinehändler, und Microspot ist auch Coop gut unterwegs. Aber das ist nicht das zentrale Problem.

Sondern?

Effektiv verheerend beim Onlinehandel ist, dass die grossen internationalen Konzerne den Detailhandel kaputtmachen. Schnelle Lieferung und teilweise Retouren ohne Kosten für die Bestellenden ruinieren den Markt. Macht vor allem aber die Arbeitsbedingungen der ganzen Branche kaputt. Denn das Versprechen «schnell und versandkostenfrei» geht für die Konzerne nur auf, weil sie extrem prekäre Jobs zu Tiefstlöhnen anbieten – und zwar in allen Teilbereichen: von der Bestellungsabwicklung über die Kommissionie-

rung, die Auslieferung bis zur Verarbeitung der Retouren. Wir sehen viel Scheinselbstständigkeit, gerade bei der Zustellung. Und wir sehen Subunternehmertum, mit dem sich die Konzerne aus der sozialen Verantwortung stehlen. Zalando macht in der Schweiz längst mehr Umsatz als zum Beispiel alle Schweizer H & M zusammen.

Und jetzt drängen auch im stationären Handel ausländische Konzerne auf den Schweizer Markt.

Das macht uns aktuell auch Sorgen im Zusammenhang mit dem Globus-Verkauf. Während bei der Medienmitteilung zur Übernahme von Interio und Möbel-Pfister durch XXXLutz das Personal immerhin noch ganz am Rande vorkam, stand im offiziellen Communiqué zum Globus-Verkauf kein einziger Satz zu den Mitarbeitenden. Von unseren Schwestergewerkschaften in Deutschland wissen wir, dass zum Beispiel XXXLutz sehr gewerkschaftsfeindlich ist, wie es work in einer der letzten Ausgaben ebenfalls ausführlich dargestellt hat.

Migros und Coop machen Ihnen da mehr Freude?

Auch bei den Schweizer Grossunternehmen ist sozialpartnerschaftlich nicht alles top. Es gibt Coop, da haben wir einen GAV und eine funktionierende Sozialpartnerschaft. Es gibt einzelne kantonale GAV. Die Migros hat zwar auch einen GAV, allerdings nicht mit repräsentativen Gewerkschaften. Also nicht mit uns. Und sie versucht, immer mehr Teile ihres Geschäfts ausserhalb des GAV zu betreiben. Für fast den ganzen übrigen Bereich des Detailhandels gilt einzig das Arbeitsgesetz.

Kürzlich kam ein internes Coop-Dokument an die Öffentlichkeit, das alleine für die Region Bern fast 500 Verstösse gegen das Arbeitsgesetz innert eines Monats dokumentiert. Was tut die Unia?

Bei der Einhaltung des Arbeitsgesetzes stehen ja auch gerade die Kantone in der Pflicht. Und zur spezifischen Situation bei Coop machen wir eine Infokampagne bei den Beschäftigten, damit die Arbeitsgesetzverletzungen sofort erkannt und uns gemeldet werden. Es laufen gerade Gespräche zwischen den Sozialpartnern und Coop, damit dringend präventive Massnahmen ergriffen werden. Da muss Coop uns aufzeigen, wie diese Verstösse korrigiert werden. Das Problem ist ganz klar: wie überall im Detailhandel gibt es auch bei Coop einen chronischen Personalmangel. Wenn dann jemand krank wird, müssen die Kolleginnen und Kollegen zusätzliche Arbeiten übernehmen. Dieser



Migros-Filiale am Flughafen Zürich. Die Öffnungszeiten der Zahl der Mitarbeitenden jedoch nicht vergrössert.



HÄSLI AM LAUFMETER: Die Arbeitswelt der Verkäuferinnen glänzt nicht so goldig.



FOTOS: WEYSTONE

HOCH DIE FAHNEN! Eine Delegation von rund 50 Verkäuferinnen und Verkäufern von OVS demonstriert 2018 nach dem Konkurs der Modekette in Mestre, Venedig, für einen Sozialplan.

rinnen des Schweizer Detailhandels enzkampf beitenden»

kalkulierte, zu knappe Personaleinsatz ist auch eines der Hauptthemen unserer Mitglieder.

Das hat sich verschlechtert?

Ja, das hat sich sogar sehr verschlechtert. In den Gesprächen mit den Verkäuferinnen und Verkäufern ist dies das Problem Nummer 1: der Druck, der enorm zugenommen hat. Zum Stress durch die zusätzlichen Aufgaben und zu den Vorga-

«Coop muss uns jetzt aufzeigen, wie die Verstösse gegen das Arbeitsgesetz korrigiert werden.»

ben für einzelne Aufgaben, die auf die Minute getaktet sind, kommt noch der Stress, weil die Verkaufenden ihre eigentliche Aufgabe nicht mehr erfüllen können: nämlich gute Dienstleistung für die Kundinnen und Kunden zu erbringen. Aber dafür müssten die Arbeitsbedingungen so sein, dass man und frau das auch leisten können.

Das heisst, die aktuelle Situation verletzt die Mitarbeitenden auch in ihrem Berufsstolz?

Die übergrosse Mehrheit der im Detailhandel Beschäftigten liebt ihren Beruf. Den Kontakt mit der Kundschaft. Die Beratung. Doch dafür bleibt immer weniger Zeit. Das frustriert und stresst. Und das Verhalten der Arbeitgeber ist auch darum schwer verständlich, weil genau diese Dienstleistungen ja den stationären Handel vom Onlinehandel abheben könnten.

Verkäuferinnen und Verkäufer berichten in der work-Umfrage (Seite 5) über Kundinnen und Kunden, die sie schlecht behandeln. Hat das zugenommen?

Ich habe aus den Gesprächen mit Mitgliedern nicht den Eindruck, dass unanständiges Verhalten generell zugenommen hat. Unangenehme Kundinnen und Kunden gab es schon immer. Mit dem Personalmangel und dem Stress kann sich die Situation zuspitzen. Aber es gibt eine grosse Ausnahme: die Selfscanning-Kassen. Diese müssen im Turnus von Kassierinnen und Kassierern überwacht werden. Da entsteht ein Rollenkonflikt zwischen Dienstleistung und Kontrolle.

Das führt zu konfrontativen Situationen. Und hier wird das Personal von den Unternehmen nicht genügend gestützt. Darum brauchte es auch hier spezifische Schulungen.

Der Detailhandel bildet doch in der Schweiz am meisten Menschen aus.

Jährlich schliessen rund 30 000 Lernende eine Ausbildung in einem Detailhandelsberuf ab. Leider hat es die Branche bisher versäumt, nach der Grundausbildung ein gutes Weiterbildungsprogramm aufzustellen. Dabei wäre ein solches zentral. Gerade auch weil die Branche in einem rasanten Strukturwandel steckt. Wir verlangen schon lange eine sozialpartnerschaftliche Weiterbildungs- und Umschulungsoffensive. Und ein Recht auf Weiterbildung.

Und was ist mit den Löhnen? Die sind ja vielerorts noch immer sehr tief.

Es ist eine Branche, in der sehr viele Frauen arbeiten – und es ist eine Tieflohnbranche, ja. Da muss es vorwärtsgehen. In der gewerkschaftlichen Lohnkampagne 2020 hat der Detailhandel darum einen wichtigen Stellenwert. Un-

«Zalando macht in der Schweiz längst mehr Umsatz als alle Schweizer H & M zusammen.»

sere konkrete Forderung an die Arbeitgeber im Detailhandel ist der überfällige Branchen-GAV, der auch die ganze Kette des Onlinehandels abdecken würde, von der Logistik bis zur Zustellung. Sonst breiten sich die dort vorherrschenden prekären Verhältnisse auf die ganze Branche aus. Das können wir nur mit einem Branchen-GAV verhindern beziehungsweise unter Kontrolle bringen.

Und was muss auf der politischen Ebene passieren?

Hier stehen die Arbeitsbedingungen aller Lohnabhängigen unter Dauerdruck. Von Vertreterinnen und Vertretern der rechten Parteien kommt Angriff um Angriff aufs Arbeitsgesetz. Da müssen die Gewerkschaften wachsam bleiben und nötigenfalls auch mit Referenden die Arbeitnehmerrechte schützen.



UNIA-CHEFIN VANIA ALLEVA: «Unsere konkrete Forderung an die Arbeitgeber im Detailhandel ist der überfällige Branchen-GAV, der auch die ganze Kette des Onlinehandels abdecken würde, von der Logistik bis zur Zustellung.» FOTO: MATTHIAS LUGGEN



RACLETTE-PLAUSCH? SAURE-GURKEN-ZEIT! Genug gewartet, jetzt braucht es endlich den Detailhandel-Branchen-GAV.



ZUG UM ZUG bauen die Läden in den SBB-Bahnhöfen ihre Öffnungszeiten aus. Wie am Bahnhof Basel, wo die Läden bis zu 19 Stunden am Tag offen sind.



ER HAT GUT ZWINKERN: Der Samichlaus arbeitet nur an einem Tag pro Jahr, und das ist meist kein Sonntag.

FREIZEIT Kundgebung

Ladenöffnungszeiten: So wurden sie immer länger und läääääänger «Immer lächeln, während

Für Deutschland gibt es ihn. Für Österreich gibt es ihn. Nur für die Schweiz nicht: den Überblick über die Geschichte der Ladenöffnungszeiten. work hat es dennoch versucht, anekdotisch und punktuell.

MARIE-JOSÉE KUHN UND MICHAEL STÖTZEL

In der Schweiz sind es die Kantone und Gemeinden, die die Ladenöffnungszeiten festlegen. Deshalb sind die Unterschiede in den einzelnen Regionen bis heute riesig. Dennoch zeigt sich eine eindeutige Tendenz. Die immer längeren Öffnungszeiten brechen vom Osten her über die Schweiz herein:

ZÜRICH, APRIL 1961. Die «Neue Zürcher Zeitung» (NZZ) beklagt sich in ihrer Mittagsausgabe vom 14. April darüber, dass «die öffentliche Ordnung eine Anpassung der Ladenöffnungszeiten an die Bedürfnisse einzelner Branchen» verhindere. Aber auch an die Bedürfnisse einzelner Bevölkerungsgruppen. Zum Beispiel an die berufstätige Hausfrau. Zwischen Büro- oder Fabrikschluss bleibe dieser fast keine Zeit für ihre «Kommissionen». Längere Öffnungszeiten müssten also her, und der «Einführung der Abendladenöffnung» sei «alle Aufmerksamkeit zu schenken».

Wie gefordert, so geschehen, berichtet die «Schweizer Illustrierte» am 15. Dezember 1969 in einer Reportage aus Volketswil ZH: «Im ersten Augenblick ist man ehrlich verblüfft. Obwohl der Uhrzeiger 19.30 Uhr zeigt, ist der Parkplatz vor dem Selbstbedienungswarenhäuser mit Personenwagen dicht besetzt.» Wen wundert's: in Volketswil ist neuerdings Abendverkauf! Täglich werktags



SHOPPING-TEMPEL: Einweihung des ersten Einkaufszentrums Tivoli in Spreitenbach, Zürich, am 12. März 1970 FOTO: SHOPPI TIVOLI

bis 20 Uhr. Und auch in Otelfingen ZH. Das Ringier-Heftli frohlockt, denn auch im Kanton Aargau werde man in Spreitenbach bald nachziehen. Und in den Aargauer Gemeinden Baden, Ennetbaden, Wettingen und Brugg «steht ein Grossteil der Ladengeschäfte seit einiger Zeit an einem Wochenabend bis 20 Uhr oder 21 Uhr offen».

BERN, JANUAR 1987. Tagung des Gewerkschaftsbundes der Stadt Bern und Umgebung. Verkäuferin Edith Lörtscher hält eine Brandrede gegen die Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten: «Am liebsten würden sie ihre Kassen Tag und Nacht klingeln lassen», heisst die VHTL-Gewerkschafterin den Saal auf. Die Rede ist vom wachsenden Druck der Berner Warenhäuser und Grossisten. Lörtscher: «Ein normales Privat- und Familienleben ist bald nicht mehr möglich.» Später verabschieden die Delegierten einstimmig eine Resolution: «Mit allen Mitteln wollen wir gegen längere Ladenöffnungszeiten ankämpfen.»



Gewerkschafterin Edith Lörtscher. FOTO: SOZIALARCHIV

Dasselbe beschliesst vier Monate später auch der Gewerkschaftsbund Zürich. Dort beabsichtigen die Detailhändler, den täglichen Ladenschluss bis 20 oder 22 Uhr auszudehnen. Und in den geplanten Bahnhofbauten sogar am Sonntag zu öffnen. Bei den Verkäuferinnen und Verkäufern kommt das schlecht an, wie eine Umfrage des VHTL ergibt: 90 Prozent lehnen längere Ladenöffnungszeiten kategorisch ab. Auch wegen mieser Arbeitsbedingungen:

- Eine 45-Stunden-Woche ist an der Tagesordnung.
- Dies bei einem durchschnittlichen 100-Prozent-Lohn von unter 3000 Franken. Brutto! Zum Vergleich: Damals kostete 1 Kilo Brot 3 Franken 10.
- Dazu kommen Umsatz- und Arbeitsdruck.
- Beim VHTL gibt's jetzt die neue Ratgeber-Broschüre «Immer nur lächeln, während die Füsse weinen».

Und immer mehr Füsse müssen weinen, weil immer mehr Kantone Sonntagsarbeit erlauben. Zum Beispiel das Tessin. Im Dezember 1987 bewilligt der Südkanton zwei Adventsverkäufe plus «ausnahmsweise» einen zusätzlichen Abendverkauf am 23. Dezember bis 21 Uhr 30. Was für ein «Weihnachtsgeschenk!» ätzt die Gewerkschaft. Aber immerhin ist es in der Schweizer Sonnentube noch nicht so schlimm wie in Davos, Arosa und Pontresina oder im Sommer in Luzern. In diesen Tourismusorten dürfen sonntags jetzt auch Bäckereien und Milchläden verkaufen.

Appenzell-Ausser Rhoden ausnahmsweise schnell, und eine Zitterpartie an der Urne

BASEL, OKTOBER 1992. In der Basler Altstadt öffnen 23 Verkaufslöcher während der Herbstmesse erstmals auch am Sonntag ihre Türen. Das haben Gewerbler erfolgreich durchgesetzt. Begründung: Angesichts der auswärtigen Konkurrenz müssten dem Basler Gewerbe optimale Rahmenbedingungen ermöglicht werden. Das tat im November auch Zürich: 63 Geschäfte im neuen Shopville unter dem Bahnhof können künftig von 8 bis 20 Uhr offen haben, auch an Sonn- und Feiertagen.

Inzwischen gibt es in der Schweiz bei den Ladenöffnungszeiten mehr Regelungen als Kantone. Das bringt die höchste Wettbewerbshüterin im

Land, die Kartellkommission, auf den Plan. Sie empfiehlt Bund und Kantone, doch einfach alle bestehenden Ladenöffnungsgesetze abzuschaffen – und durch eine «flexible und einheitliche» Handhabung zu ersetzen. Der Gewerkschaftsbund ruft Stop! Er wirft der Kommission vor, sie verabsolutiere den freien Markt und trete die Rechte der Arbeitnehmenden mit Füßen. Trotzdem diskutieren sie jetzt in Zug, Basel-Stadt und Basel-Land, wie sie die Empfehlung der Kartellkommission umsetzen könnten. Und Appenzell-Ausser Rhoden streicht kurz entschlossen seine ganze Ladenschlussordnung.

SCHWEIZ, NOVEMBER 2005. Es ist eine Zitterpartie bis zum Schluss, doch dann kommt ein hauchdünnes Ja mit 50,6 Prozent der Stimmen doch noch zustande: Ab sofort können die Geschäfte an 39 Bahnhöfen und Flughäfen auch am Sonntag offen haben. Trotz des Zufallsentscheids ist es ein Durchbruch, denn bisher war der Sonntagsverkauf in insgesamt 13 Abstimmungen verworfen worden. Umso grösser ist der Jubel bei den Abstimmungssiegern. Vor allem bei der IG Freiheit. Sie wurde von führenden FDP- und SVP-Turbos gegründet mit dem Ziel, gesetzliche Ladenschlusszeiten landesweit abzuschaffen.

Bekämpft haben die Vorlage die Gewerkschaften, die Kirchen und die Linken. Unia-Geschäftsleitungsmitglied André Daguet formuliert den Widerstand im Abstimmungskampf so: «Dass man am Sonntag ein Joghurt kaufen kann im Bahnhof, finde ich gut, aber gleich auch noch den Kühlschrank dazu? Das ist unsinnig!» Für ihre Haltung ernten Daguet und die Gewerkschaften von rechts und von fast allen Medien viel Häme und den Vorwurf, «ewiggestrig» zu sein. Und «an den Bedürfnissen der Leute» vorbeizupolitieren.

Zu Unrecht, wie die Analyse des Abstimmungsergebnisses zeigt: Gegen den Einstieg in die allgemeine Sonntagsarbeit stimmten nicht nur Gewerkschaftsmitglieder, sondern auch die Mehrheiten jener, die unter 5000 Franken verdienen und keine Ausbildung oder Lehre haben. Und der Frauen. Umgekehrt stimmten die reichen und superreichen Gemeinden Ja: Zum Beispiel Christoph Blochers Wohnort Herrliberg an der Zürcher Goldküste. Mit stolzen 80 Prozent.

Bis heute 2020 gab es insgesamt 22 Abstimmungen, die alle den Sonntag zum Werktag machen wollten. 16 davon schickten die Stimmenden bachab.

Der Angriff auf den Samstag und ein blauer Brief

ZÜRICH, JUNI 2008. Jetzt kommt der Samstag dran: Das von der Migros kontrollierte Einkaufszentrum Glatt in Wallisellen ZH und der Letzipark im Stadtkreis 4, wo Coop die Hauptmieterin ist, wollen samstags neu bis 20 Uhr offenhalten. Über die Köpfe von 2500 Mitarbeitenden hinweg.

Erst aus den Medien erfahren die Beschäftigten des Glattzentrums von diesem Entscheid. 400 von ihnen mögen sich das nicht bieten lassen und organisieren eine offene Personalveranstaltung. Ihre Argumente entrollen sie auf zwölf Laufmetern Packpapier: «Was haben die Kinder von ihren Eltern, wenn diese bis 20 Uhr arbeiten? Nur noch einen Gutenachtkuss!» steht da in grossen Lettern. Doch die Chefs blocken. Sie wollen auch nicht mit der Unia zusammensitzen, die zum Ausgleich Arbeitsbedingungen wie im Shopville am Hauptbahnhof Zürich fordert: maximal 9,5 Stunden tägliche Arbeitszeit, 5-Tage-Woche, Mindestlöhne von 3600 bis 4100 Franken.

Ein Jahr später beschliesst die Zürcher City-Vereinigung, alle Läden in der Innenstadt samstags bis 20 Uhr offen zu halten. Das ist mittlerweile in den Migros- und Coop-Filialen der ganzen Stadt die Regel.

GENÈVE, FEBRUAR 2009. Marisa Pralong arbeitet als Verkäuferin in der Herrenbekleidungsabteilung von Manor in Genf. Dann plötzlich erhält die 43jährige die Kündigung. Begründung: Pralong habe dem Ansehen der Warenhauskette geschadet. Sie stutzt und denkt nach: Was hat sie getan?



MARISA PRALONG: Wegen Kritik am Vorweihnachtsverkauf stellte Manor sie vor die Tür.

FOTO: OLIVIER VOGELSANG

Dann ein Verdacht: Vor zweieinhalb Monaten äusserte sie sich in der Tageszeitung «Tribune de Genève» zu den Abendverkäufen vor Weihnachten. Kritisch! Die aktive Unia-Gewerkschafterin erklärte, dass Läden in den Wochen vor dem Weihnachtsrummel die Arbeitszeit senken würden, «was uns dann zwingt, sie mit Arbeit am Abend abzugelten». Manor nennt sie nicht beim Namen. Und dennoch muss Pralong gehen. Dabei verbietet der Genfer GAV für den Verkauf antigewerkschaftliche Kündigungen. Pralong geht vor Arbeitsgericht und bis vor Bundesgericht. Dieses gibt ihr schliesslich recht und erklärt: Laut GAV müsste Pralong eigentlich wieder eingestellt werden. Doch das Obligationenrecht sieht ledig-



Biberli meint: «Wann ist endlich Feierabend?»





GEHT BADEN: Den steigenden Druck der Onlinehändler auf die Grossverteiler müssen die Mitarbeitenden ausbaden. gegen die ungebremste Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten in Basel-Stadt, 2018.



DECKEL DRAUF: Die Mitarbeitenden sind am Limit, doch die Detailhändler-Chefs schauen weg.



Die Briefträgerin & die Rotznasen

«Die Jungen nennen uns «die Boomers», die Babyboomer-Generation, wir seien nicht die Hellsten, könnten nichts am Computer und seien digitale Banausen», klagte kürz-



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

lich die Schwester der Briefträgerin und wirkte verletzt. «Haben die Rotznasen überhaupt eine Ahnung, was alles wir bewegt haben?»

VERGESSEN. Die Briefträgerin sieht das gelassener. Aus meiner Sicht als Jugendliche machten die Alten auch alles falsch. Und die heutigen Jungen mögen versierte und clevere digitale Anwenderinnen und Anwender sein, die Folgen und Gefahren ihres Verhaltens im Internet sind ihnen oft weniger bewusst als den Netznutzerinnen und -nutzern der ersten Stunde. Oder sie sind ihnen egal.

«1984» ist unbekannt oder vergessen (wobei George Orwell sich ein Internet ja wohl niemals vorgestellt hat), und Kontrolle und Überwachung – raffiniert und undurchschaubar – droht heute eher von privatwirtschaftlichen Datensammlerinnen und -sammlern als von staatlicher Seite.

SELBER DENKEN. Der Schutz der Daten ist das eine, denkt die Briefträgerin. Etwas anderes sind die elektronischen Datenverknüpfungen und Algorithmen, die nicht zuletzt die tägliche Arbeit beeinflussen und verändern, vereinfachen sollen. Die Maschinen in den Sortierzentren der

Die Digitalisierung führt zu einer Vereinfältigung der Arbeit.

Post zum Beispiel sortieren Sendungen mit inaktiven Adressen aus und retournieren sie, sie spritzen bei Wohnungswechseln die neue gültige Adresse aufs Couvert und leiten es an diese um. Zeitungen gelangen bei Adressänderungen oder Aufträgen zum Zurückbehalten der Post bereits gesondert zur Briefträgerin. Die Briefträgerinnen und Briefträger müssen immer weniger selber denken. Die Digitalisierung führt also in der Tat zu einer Vereinfachung der Arbeit. Um nicht zu sagen zu einer Vereinfältigung.

und läääääääääääääääänger die Füße weinen»

lich eine Entschädigung von sechs Monatslöhnen vor. Pralong hat die Nase voll vom Detailhandel. Sie wird Profi-Gewerkschaftssekretärin bei der Unia.

Doris Fialas Pyjama oder: das Volk ist doch nicht blöd!

ZÜRICH, MAI 2012. Punkt 1 Uhr 05 klingelt es am 15. Mai bei Doris Fiala an der Tür. Vor ein paar Tagen hat sich die FDP-Politikerin im Fernsehen als 24-Stunden-Shopperin geoutet und gesagt, sie sei «eine jener urbanen Persönlichkeiten, die auch nachts einkaufen gehen könnten». Damit bekannte sie sich zur Zürcher Volksinitiative «Der Kunde ist König» der IG Freiheit. Diese fordert, dass künftig alle Zürcher Ladenbesitzenden ihre Geschäfte so lange offen halten können, wie sie wollen.

Fiala meldet sich per Gegensprechanlage: «Ja?» Vom anderen Ende tönt eine Frauenstimme: «Grüezi, Frau Fiala, hier sind ein paar Verkäuferinnen zusammen mit der Unia. Wir haben Kleider mitgebracht und möchten Sie jetzt grad herzlich zum Shoppen vor Ihrer Haustür einladen.» Fiala ist nicht amüsiert und sagt: «Ich bin schon im Pyjama, im Bett und habe geschlafen.» Sie rät den Verkäuferinnen, sich doch einen anderen Job zu suchen, wenn sie nicht nachts arbeiten wollten. Das Video der Unia-Aktion geht viral (Link zum Video: rebrand.ly/fiala). Und die



IN DER DUNKLEN NACHT: Unia-Aktion gegen Turbo-Ladenöffnungszeiten-Initiative. FOTO: UNIA

Zürcherinnen und Zürcher machen am 17. Juni von ihrem königlichen Recht Gebrauch, die Turbo-Initiative zu versenken. Mit satten 71 Prozent. Die IG Freiheit macht trotzdem weiter.

SCHWEIZ, SEPTEMBER 2013. Die Schweiz wird mit Tankstellenshops zugestraftet: Inzwischen gibt es davon 1333 Stück. Allein 2013 befinden sich 120 neue Shops mit Zapfsäule in Planung oder bereits im Bau. Jetzt wollen Coop, Migros, BP, Shell und die Erdölvereinigung das Arbeitsgesetz in einer Volksabstimmung massiv verschlechtern. Sie verlangen, dass ihre Tankstellenshops ihr ganzes Sortiment künftig rund um die Uhr verkaufen können. Im Moment dürfen sie zwischen 1 und 5 Uhr nachts nur einen Teil davon verkaufen.

Der Benzinverkauf ist für die Betreiber nicht mehr als ein Hebel, um den Rundumverkauf in den hochprofitablen Shops durchzudrücken. Sie machten 2012 gut viermal mehr Umsatz als in Tankstellen ohne Shops. Anders sieht es mit dem Lohn der Mitarbeitenden aus: 2011 stellte die Unia die Esso- und Migrolino-Tankstellenshops in Chur und Ramsen SH an den Pranger: für den 17-Franken-Stundenlohn.



BENZIN & CO.: 24-Stunden-Tankstelle von BP mit Shop, 2013 in Zürich. FOTO: ALESSANDRO DELLA BELLA

«Es geht ja nur um die Tankstellenshops», beschwichtigt der Genfer FDP-Nationalrat und Anwalt Christian Lüscher. Er wirbt allen voran für ein Ja zur Änderung des Arbeitsgesetzes. Das ist sein Juristentrick. Denn er weiss genau, dass ein Durchbruch bei den Shops der Einstieg in die unbeschränkte Nacht- und Sonntagsarbeit wäre. Das wissen auch 55,8 Prozent der Stimmenden und legen am 22. September drum ein Nein in die Urne.

Bis sich auch die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden der Tankstellenshops verbessern, geht es aber noch 5 Jahre. Erst am 1. Januar 2019 tritt der allgemeinverbindliche Tankstellenshop-GAV in Kraft. Er schreibt unter anderem neue Mindestlöhne vor: In den meisten Kantonen 4100 Franken für Beschäftigte mit dreijähriger Berufslehre und 3700 Franken für Ungelernte. Ein historischer Schritt!

Ein Fake-Village und immer mehr schwarze Freitage

SCHWEIZ, FEBRUAR 2015. Die Lädeler-Turbos sind erfinderisch, sie suchen sich immer neue Einfallstore, um das Nonstop-Shopping doch noch zu erzwingen. Das neueste Tor heisst: Tourismusgebiet. Doch was ist das? Und für welche Läden gilt das? FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann verordnet: Eine internationale Kundschaft und ein mehrheitliches Angebot von Luxusartikeln genügen für Geschäfte in Tourismusgebieten, damit diese auch am Sonntag öffnen können. Schneider-Ammann legalisiert damit nachträglich die Sonntagsarbeit in den Shoppingcentern Foxtown (Mendrisio TI) und Alpenrhein Outlet Village (Landquart GR).

Letzteres ist eine Ansammlung von etwa 40 Läden in kleinen Chalets, die Modelabels wie Hugo Boss oder Armani führen. Es öffnete seine Türen seit 2009. Auch sonntags. Ohne die obligate Bewilligung einzuholen. Schliesslich gehöre das Village zur «Tourismusregion Graubünden», erklärt die Bündner



SHOPPING-DORF: Das Alpenrhein Outlet Village in Landquart GR. FOTO: KECKO / FLICKR

Verwaltung. Das sah die Unia anders und erhob Einsprache. Der Streit ging bis vor Bundesgericht. Schliesslich befand dieses, ein Tourismusgebiet könne nicht einen ganzen Kanton umfassen. Das Village müsse also eine Bewilligung einholen. Mit dem Entscheid aus dem Wirtschaftsdepartement Schneider-Ammann wird das nun hinfällig.

Das Fake-Dörfchen in Landquart gibt es heute noch, und es hat täglich bis 19 Uhr geöffnet. Ganz im Unterschied zur unteren Altstadt Bern: Auch sie soll als Tourismusgebiet am Sonntag verkaufen können. Finden FDP-Turbo-Lädeler in ihrem Vorstoss. Doch nicht mal die betroffenen Läden wollen das. Die Berner Altstadt bleibt sonntags zu.

SCHWEIZ, NOVEMBER 2019. 1500 Tassen Kaffee bestellt die Elektronikette Interdiscount im Vorfeld des Black Friday am 11. November. Dazu 450 Kilogramm Ghackets und Hörnli und 160 Kilogramm Früchte. Das berichtet die Zeitung «20 Minuten». Denn die grosse Rabattschlacht ist eine Herausforderung für die Mitarbeitenden. Also bietet ihnen Interdiscount Gratisverpflegung an.

Interdiscount muss in der Woche vor und nach dem Black Friday jedoch auch rund 100 zusätzliche Verkäuferinnen und Verkäufer für die Logistik haben. Die immer längeren Ladenöffnungszeiten sind eine riesige Belastung für Verkäuferinnen und Verkäufer. Stress und Druck am Arbeitsplatz steigen. Drastisch zeigt dies die Umfrage von work bei Verkaufsmitarbeitenden von Coop, Migros, Esprit, Manor, Ikea, Aldi und Beldona (Seite 5).

Es wird «bald schon» vollautomatisierte Shops nach dem Vorbild von «Amazon Go» geben. Sagt Karin Frick, Trendforscherin am Migros-nahen Gottlieb-Duttweiler-Institut. Das sind Rund-um-die-Uhr-Läden, in denen die Kundschaft mit Smartphone und Amazon-Konto am Eingang eine App lädt. Im Laden werden sie dann lückenlos von Kameras überwacht, die registrieren, welche Produkte sie aus den Regalen nehmen und in ihre Taschen packen. Wenn sie den Laden wieder verlassen, erhalten sie via Smartphone die Rechnung, die dann vom Amazon-Konto abgebucht wird.

In der Schweiz experimentieren Migros, Coop und die Kioskette Valora bereits mit entsprechenden Läden. Solche Robo-Shops kämen zumindest nachts ganz ohne Personal aus, so Frick, womit das Arbeitsgesetz dann keine Rolle mehr spielen würde. Was aber ist am Tag?

Noch gilt das nationale Arbeitsgesetz in acht Kantonen. Denn sie haben bisher keine eigenen Gesetze zu Ladenöffnungszeiten. Die für die Beschäftigten schlechteste Regelung überhaupt hat die Stadt Zürich, mit Läden, die bis 15 Stunden pro Tag offen sind. Die Coop-Filiale im Bahnhof Bern verkauft während sogar 17 Stunden.

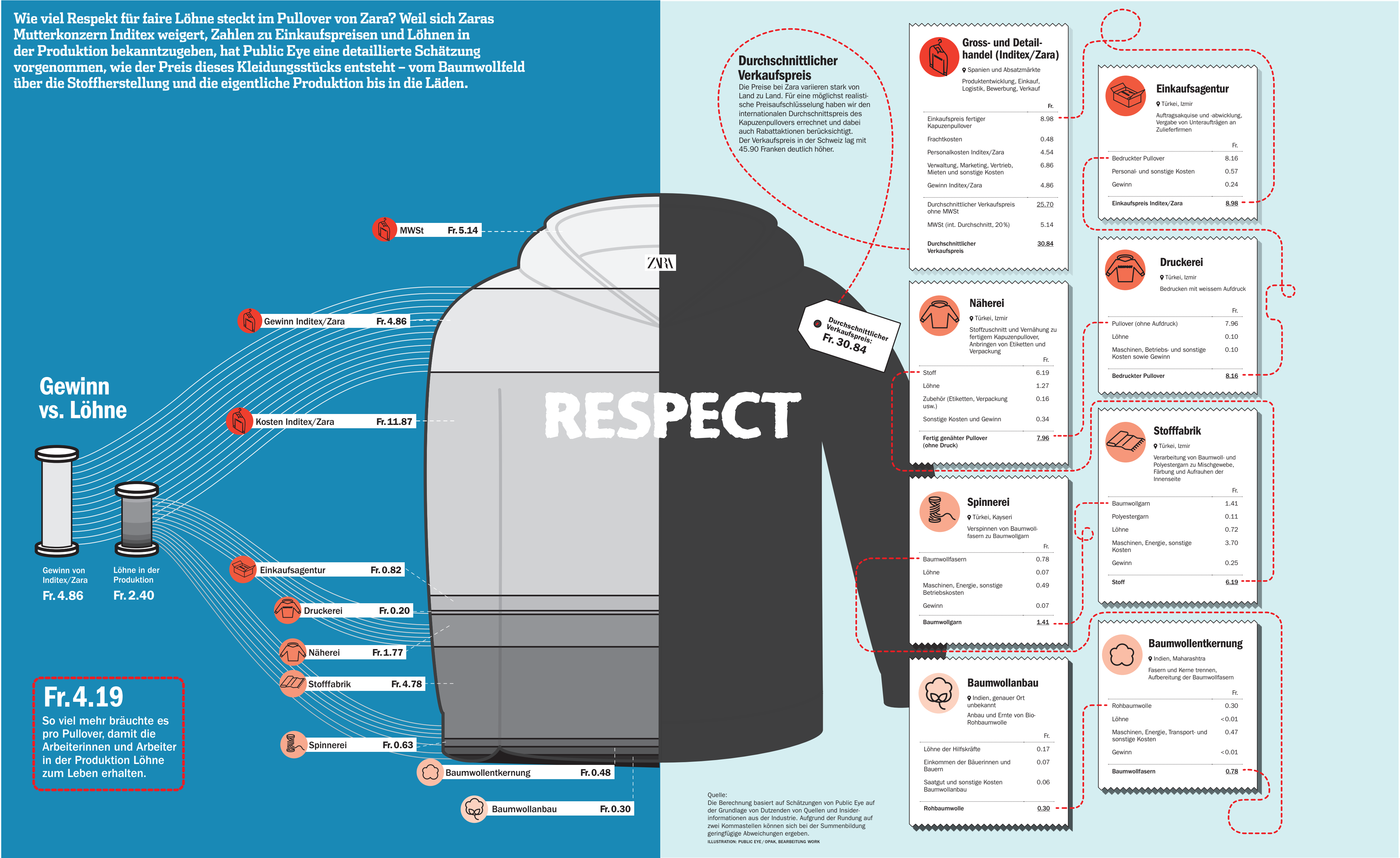
Quellen: work sowie Tages- und Wochenpresse.



RABATTSCHLACHT: Ghackets mit Hörnli für den Black Friday. FOTO: KEYSTONE

Nur 4 Franken 20 mehr müsste ein Pulli kosten, damit Arbeiterinnen und Arbeiter in der Produktion von ihrem Lohn leben könnten

So setzt sich der Preis eines Zara-Pullovers zusammen



Neue grün-soziale Regierung
Finnische
Frauenpower

Jüngst witzelte der Innenminister von Estland über die neue Regierung des Nachbarlandes Finnland: «Schaut euch das an!» sagte der 70jährige Mann: «In Finnland wird eine Verkäuferin Ministerpräsidentin, und andere Strassenaktivisten und Ungebildete bilden das Kabinett!» Kein Wunder, echauffiert sich der Rechtsausen-Macho, denn Finnland hat neu



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

eine Frau als Ministerpräsidentin. Die jüngste Regierungschefin der Welt! Sanna Marin ist 34jährig und eine linke Sozialdemokratin. Sie kommt von «unten», ihre Mutter war alleinziehend und auf Sozialhilfe angewiesen. Und während ihrer Ausbildung im Verkauf. Politisch begann sie als Juso-Aktivistin, danach ging's steil bergauf. Im hohen Norden haben nun die Frauen die Macht übernommen, neben Marin regieren vier weitere Ministerinnen, die meisten sind erst Anfang dreissig.

STREIK. Marins Vorgänger war Antti Rinne, ein gestandener Sozialdemokrat und Gewerkschafter, der pikanterweise über einen Streik stolperte. Die staatlich dominierte Post lagerte ihren Frühzustellendienst an eine private Firma aus, die prompt Löhne und Arbeitsbedingungen verschlechtern wollte. Doch die Pöstlerinnen und Pöstler wehrten sich und streikten. Weitere Gewerkschaften schlossen sich dem Arbeitskampf an. Nur einer zeigte keine Solidarität: Gewerkschafter-Ministerpräsident Antti Rinne. Er lavierte und verhedderte sich in Lügen. Schliesslich musste er im letzten Dezember den Hut nehmen.

KLIMANEUTRAL. Marins Regierung ist grün und sozial geprägt. Hauptziel des Regierungsprogramms ist der ökologische Umbau: Bereits 2035 soll das Land klimaneutral sein – und zwar ohne CO₂-Ablasshandel im Ausland. Dieses ehrgeizige Ziel wird sozial abgedeckt, denn der Umbau trifft auch traditionelle Arbeitsplätze, zum Beispiel in der Torfproduktion. Gleichzeitig will die Regierung den Wohlfahrtsstaat stärken, so bei der Berufsbildung und bei den Renten. Hyperflexible Arbeitsverträge ohne Mindeststundenzahl wollen Sanna Marin und ihre Frauen verbieten.

P.S. Ihrem Verspotter aus Estland entgegnete Marin übrigens postwendend: «Ich bin stolz, in einem Land zu leben, das einer Kassierin ermöglicht, Ministerpräsidentin zu werden».



Weil deine Zeit zählt!

Behalte deine Arbeitszeit im Griff – mit Excel oder Apps. Angestellte im Gastgewerbe und Detailhandel können auch unseren Arbeitszeitkalender herunterladen und ausdrucken.
www.unia.ch/gastgewerbe
www.unia.ch/detailhandel
www.service-arbeitszeit.ch/tools

Skandalurteil: Höchstes EU-Gericht schützt Lohndumper
«Henry am Zug»
bezahlt nicht genug



BILLIGLÖHNE: Die Mitarbeitenden des Board-Service «Henry am Zug» verdienen nur 500 statt 1500 Euro netto pro Monat. FOTO: ZVG

Die Leute vom Zugservice auf der Strecke Budapest–Wien–München ächzen unter Lohndumping. Und der Europäische Gerichtshof segnet das auch noch ab.

RALPH HUG

«Das ist ein eklatantes Fehlurteil!» Rechtsexperte Luca Cirigliano vom Gewerkschaftsbund nimmt kein Blatt vor den Mund. Gemeint ist der jüngste Richterspruch aus Luxemburg, wo der Europäische Gerichtshof (EuGH) sitzt, das oberste rechtsprechende Organ der EU. Sein Urteil vom 19. Dezember 2019 betrifft den Lohnschutz und ist skandalös. Darum geht es: Die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) haben die Restauration in den Zügen auf der Strecke Budapest–Wien–München ausgelagert. Die Firma Do & Co. erhielt den Auftrag und gab ihn prompt an eine ungarische Tochter namens «Henry am Zug» weiter. Diese heuerte wiederum ungarische Temporäre zu Billiglöhnen an: 500 statt 1500 Euro netto pro Monat!

VÖLLIG ABSURD

Als die österreichische Finanzpolizei den Lohnraub bei Kontrollen im Bahnhof Wien aufdeckte, erhielt die Dumpingfirma hohe Strafen aufgebremst, wegen Verstosses gegen die Lohnbestimmungen. Nach der Berufung landete die Sache beim EuGH. Dieser sprach vor Weihnachten die Manager frei. Begründung: «Henry am Zug» dürfe nicht gezwungen werden, österreichische Lohnvorschriften einzuhalten. Denn die Firma würde den Hauptteil

ihrer Dienstleistungen in Ungarn erbringen. Es handle sich also gar nicht um entsandte Arbeitnehmende.

Das aber bringt die österreichische Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft Vida auf die Palme: «Völlig absurd!» Der Bordservice im Zug sei der Hauptteil der Tätigkeit dieser Mitarbeitenden, das Auffüllen von Material für den Service beim Start in Budapest nur eine Nebensache. Die Begründung des EuGH sei gleich, wie wenn man von einer Kellnerin in einem Restaurant, die auch die Kaffeemaschine bedient, Milch nachfüllt und am Abend die Abrechnung macht, sagen würde, dass die Bedienung der Gäste nur von untergeordneter Bedeutung sei. Ausserdem, so Vida, sei «Henry am Zug» ausschliesslich für den Zweck des Bordservice gegründet worden. Und für nichts anderes.

ENTSENDERICHTLINIE IN GEFAHR

Es ist nicht das erste Skandalurteil des EuGH für den freien Binnenmarkt und gegen den Lohnschutz (siehe unten). Doch dieser Spruch scheint besonders gravierend. SGB-Chefökonom Daniel Lampart ist alarmiert. Er sagt: «Das könnte weitreichende Folgen haben, denn fast jede Bauhandwerkerfirma, die im Ausland arbeitet, hat eine Werkstatt und ein Warenlager im Heimatland.» So werde die EU-Entsenderichtlinie gegen Sozial- und Lohndumping ausgehebelt. Genau dies befürchtet auch die Gewerkschaft Vida. Sie sieht wegen des Urteils das ganze System der Entsenderichtlinie in Gefahr. Für mobile Arbeitskräfte wie Chauffeure, Busfahrer oder Zugführer sei dieses schon immer lückenhaft gewesen. Das neuste EuGH-Urteil drohe das System noch weiter auszuhöhlen. Vida: «Das Urteil kann Beschäftigte aus allen

Branchen treffen, die Arbeitnehmende ins Ausland entsenden.» Das trifft vor allem Österreich, das an osteuropäische Länder mit viel tieferen Löhnen grenzt.

RÜCKSTÄNDIGES URTEIL

Pikant ist, dass die EU eigentlich aus den vielen Lohnskandalen gelernt hat. Im Mai 2018 hat sie die Entsenderichtlinie revidiert. Und zwar im Sinne der Gewerkschaften. Danach anerkennt sie das Prinzip «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort». In der Richtlinie ist es nun ausdrücklich aufgeführt. Mit Blick aufs neue Urteil sagt Chefökonom Lampart: «Es ist ganz klar, dass gemäss diesem Grundsatz im Service in den ÖBB-Zügen österreichische Löhne bezahlt werden müssen.» Die marktgläubigen EuGH-Richter hinken also mit ihrer lohnschutzfeindlichen Rechtsprechung der verbesserten EU-Politik hinterher. Und pervertieren dabei den Sinn der Entsenderichtlinie. Denn diese soll ja gerade verhindern, dass die unterschiedlichen Lohnniveaus zwischen den Mitgliedstaaten durch Lohndumping ausgenützt werden. Wofür der «Henry am Zug»-Skandal ein Paradebeispiel ist.

Seit längerem machen die Gewerkschaften in Brüssel für ein sozialeres Europa mobil, mit Demos und Lobbyarbeit. Für den Gewerkschaftsbund bekräftigt der Fall «Henry am Zug» die Position, dass im Rahmenabkommen der Lohnschutz gewahrt sein muss – auch vor der Urteilsgewalt des EuGH.

EuGH-Urteile: Im Zweifel gegen den Lohnschutz

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entscheidet im Zweifelsfall für den Markt und gegen den Lohnschutz. Das hat System. Vor zwei Jahren erklärte der Gerichtshof österreichische Lohnschutzmassnahmen gegen Lohndumper für ungültig. Es ging um eine slowenische Baufirma, die mit Dumpinglöhnen an einem Haus in Kärnten arbeitete. Die Behörden auferlegten dem Bauherrn einen Zahlungsstop und

brummten ihm eine Kautionsauf, falls die slowenische Firma die Geldstrafe nicht zahlen würde. Nach österreichischem Gesetz alles rechtens. Doch den neoliberalen EuGH-Richtern ging dies zu weit.

SCHWARZER TAG. Schon 2017 kippte der Gerichtshof die österreichische Variante der «8-Tage-Regel», wonach entsendete Arbeitnehmende eine Woche vor



Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. FOTO: KEYSTONE

dem Einsatz gemeldet werden müssen. Das seien unzulässige Hindernisse im freien Dienstleis-

tungsverkehr, so die Richter. Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) sprach von einem schwarzen Tag für das soziale Europa. Der letzte Schlag gegen den Lohnschutz kam im vergangenen September. Da erklärte der EuGH die Bussen gegen eine kroatische Subfirma für unverhältnismässig hoch. Die Firma hatte in über 200 Fällen gegen österreichische Lohnvorschriften verstossen. (rh)

Bergbeizentour mit Arno Russi (61), dem Unia-Gewerkschafter auf Ski

«He, Pizzaiolo, dich kenne ich doch!»

Im Engadin ist die Unia auch im Hochgebirge präsent. Zum Beispiel beim Service- und Küchenpersonal auf dem Piz Corvatsch. Und los geht's auf 3303 Meter über Meer!

JONAS KOMPOSCH

Es ist affenkalt an diesem Januarmorgen in St. Moritz. Und trotzdem steht Arno Russi bereits zwanzig Minuten vor Abfahrt der ersten Gondel an der Talstation der Corvatsch-Bahn. So hat er noch Zeit für ein Schwätzchen hier, ein Witzchen da. Und das gehört für Russi unbedingt dazu. Schliesslich ist der gebürtige Puschlaver hier kein Unbekannter. Während 22 Jahren hatte er als Postautofahrer das halbe Engadin durch die Gegend chauffiert. Und gelernt: «Der Direktkontakt mit den Leuten schafft Vertrauen.» Dieses Wissen hilft ihm jetzt auch als Sektionsleiter der Unia Räthia-Linth. Denn Russi versteht sich als «klassischen Allrounder der Gewerkschaftsarbeit». Neben Besuchen von Baustellen, Fabriken und Ladengeschäften heisst das viel Büroarbeit, zudem Abendschichten, Gerichtstermine und lange Reisezeiten durch die halbe Ostschweiz. Heute aber ist ein ganz besonderer Tag. Russis jährliche Skirundtour durch das Nobelresort St. Moritz steht an. Es befindet sich direkt vor seiner Haustür. Das Tagesziel: möglichst viele Bergrestaurants abklappern und das Gastropersonal über seine Rechte informieren. Und über die Ziele der Gewerkschaft. Los geht's auf 3303 Meter über Meer!

VOR DEM ANSTURM

Im Gipfelrestaurant ist noch kein einziger Gast eingetroffen. «Perfekt», sagt Russi und geht mit einem «Buongiorno!» auf zwei Servicemitarbeiterinnen zu. Sie sind italienische Grenzgängerinnen aus der nahen Lombardei und arbeiten jeden Winter in der Engadiner Gastronomie. Die ältere der beiden Frauen erkennt Russi sogleich: «Du bist doch der von der Gewerkschaft!» Russi nickt, hält einen kurzen Schwatz und kommt dann sofort auf

Grenzgänger: St. Moritz setzt auf «Frontalieri»

Fast 7000 italienische Grenzgängerinnen und Grenzgänger arbeiten im Kanton Graubünden, davon die meisten in der Gastronomie, der Bauwirtschaft und im Gross- und Detailhandel des Engadins. Besonders angewiesen auf die täglich heimkehrenden Arbeitskräfte ist der Hochpreistourismus in St. Moritz. Dort entfällt ein Siebtel aller Stellen auf «Frontalieri» aus der Lombardei.

DUMPING. Einige Unternehmen versuchen, die Grenzgänger mit Dumpinglöhnen abzuweisen und sie damit als Lohndrucker zu missbrauchen. Damit das nicht passiert, fühlt Unia-Mann Russi den Betrieben regelmässig auf den Zahn und organisiert zusammen mit der italienischen Gewerkschaft CGIL Informationsveranstaltungen. (jok)



PISTEN-STÜRMER: Einmal im Jahr besucht Unia-Mann Arno Russi die Mitarbeitenden in den Restaurants im Nobelskiort St. Moritz.

FOTO: NICO ZONVI

den Punkt: «Hört zu, ich habe euch hier etwas mitgebracht.» Er packt eine Petition aus und erklärt: «Wir sammeln Unterschriften für einen Gesamtarbeitsvertrag mit höheren Mindestlöhnen, einer Frühpensionierung und besseren Arbeitszeitkontrollen.» Das kommt an. Plus zwei Unterschriften für die Petition. Dann tippt Russi auf sein Handy: «Kennt ihr die neue GAV-App?» Er öffnet das mehrsprachige Programm und scrollt durch den digitalisierten Landes-Gesamtarbeitsvertrag (L-GAV) im Gastgewerbe. Russis Rat: «Einfach herunterladen, und ihr wisst jederzeit über eure Rechte Bescheid.» Interessiert stossen zwei Köche hinzu. Russi fragt nach, ob alles in Ordnung sei im Betrieb, hört lange zu und erteilt dann Ratschläge. Zum Dank wird Kaffee offeriert. Russi schaut auf die Uhr: «Ein Espresso liegt gerade noch drin.»

AM STAMMTISCH

Dann geht's auf die Piste. Frisch präpariert sind sie, menschenleer und breit wie amerikanische Autobahnen. Russi spurt vor. In der Hocke schnellert er pfeilgerade den Hang hinunter – bis zur Ustaria Rabgiusa: Fullstop! Auch in dieser Beiz hockt noch kein Mensch. Eintritt Russi: «He, dich kenne ich doch von der letzten Saison!» ruft er dem Pizzaiolo zu. Dieser grüsst zurück, schwingt einen Teig, und trommelt dann seine Kolleginnen und Kollegen zusammen. Bald sind am Stammtisch drei Köche, ein Pizzaiolo, ein Kellner und eine Kassierin versammelt. Allesamt italienische Grenzgängerinnen und -gänger. Zunächst zurückhaltend erzählen sie von ihrem

Arbeitsalltag. Dann sagt ein Koch: Er habe enorme Überstunden, aber trotzdem keine Vollzeitstelle. Und die Kassierin fragt, ob die täglichen Gondelfahrten eigentlich Arbeitszeit seien oder nicht. Plötzlich wird Russi mit Fragen nur so bombardiert. Russi sagt: «Gebt mir mal die Nummer eurer Chefin» und versichert: «Ich komme am Freitag wieder, dann klären wir das.»

GEGEN DEN WILDWUCHS

Wieder auf den Ski, flitzen wir zur Hossa-Bar, doch in der Après-Ski-Hütte ist noch tote Hose. Also weiter in rassicem Tempo. Bis zum Ziel: Bereits vor Mittag hat Russi alle geöffneten Gaststätten am Corvatsch besucht, hat sich mit Küchen- und Servicepersonal unterhalten, hat stapelweise Infomaterial verteilt und Unterschriften gesammelt, Kontakte geknüpft. Aber auch vielen Vorgesetzten hat er sein Ohr geschenkt. «Das ist eben mein Stil», sagt Russi. Man müsse mit allen Leuten im Be-

«Du bist doch der von der Gewerkschaft!»

trieb reden, auch mit den Chefs. So lasse sich vieles klären. Und nicht zuletzt merkten die Vorgesetzten so, dass die Unia sie im Auge habe. Russis Fazit: «Hier herrschen grossmehreheitlich korrekte Arbeitsbedingungen.» Was aber würde passieren, wenn Gewerkschaften fehlten? «Wildwuchs», sagt Russi, «der reinste Dschungel!» Dann steht er wieder auf seine Latten, nimmt Anlauf und düst davon. Auf der anderen Talseite warten noch ein Dutzend anderer Beizen.



DAS GEKAUFTE PARLAMENT

Ulrich Ochsenbein war ein ungestümer, blitzgescheiter, lebenslustiger Revolutionär aus dem Kanton Bern. Er war Inspirator der Bundesverfassung und Bundesrat von 1848 bis 1854. In der alten Tagsatzung galt das an Weisungen gebundene Abstimmungsverhalten.

Banken, Versicherungen oder Krankenkassen rekrutieren gut bezahlte Verwaltungsräte im Parlament in Bern.

Ochsenbein klagte die katholisch-konservativen Kantone des

Sonderbunds an, stets gemäss den Instruktionen der Jesuiten zu stimmen. Ochsenbein gewann: Artikel 91 der Bundesverfassung verbietet den Delegierten, «nach Instruktionen» zu stimmen.

WIEDERHOLUNG. Karl Marx schrieb: «Die Geschichte wiederholt sich immer zweimal. Das erste Mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce.» Wer genau hinschaut, erkennt, dass das imperative Mandat zurück im Berner Bundeshaus ist.

In der dritten Januarwoche haben die Berner Parlamentsdienste das «Register der Interessenbindungen» publiziert. Die Lektüre ist erschreckend. Multinationale Gesellschaften, Banken, Versicherungen oder Krankenkassen rekrutieren massenweise meist hochbezahlte Verwaltungsräte unter den Parlamentarierinnen und Parlamentariern. Wir haben ein kolonisiertes Parlament. Natürlich behauptet jede und jeder der Gekauften, ausschliesslich gemäss dem eigenen Gewissen abzustimmen. Nehmen wir ein Beispiel: Der 35jährige Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller wurde im Dezember 2019 in die einflussreiche «Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit» gewählt. Jetzt hat er plötzlich neue Mandate der «Groupe de réflexion» der Krankenkasse Groupe Mutuel, des «Sounding Board» des Ärzteverbands FMH und des Internet-Vergleichsdienstes Comparis, der sich besonders gern mit Krankenkassen beschäftigt.

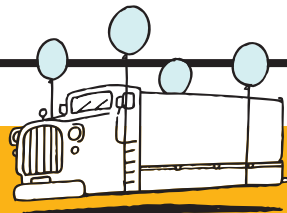
SÖLDNER. Von Berufs wegen hat Müller keinerlei Kompetenz im Gesundheitswesen. Gegen viele Tausend Franken im Jahr wird er trotzdem für die nächsten Jahre die Gesundheitspolitik der Schweiz massgeblich mitbestimmen. Resultat: Die gängigen Medikamente sind hier meist doppelt so teuer wie im Ausland. Die Schweizerinnen und Schweizer zahlen für ihre obligatorische Krankenversicherung mehr als irgendeine Bevölkerung in Europa.

Der Walliser CVP-Ständerat Beat Rieder hat einen Vorstoss eingereicht. Er will den Kommissionsmitgliedern verbieten, private Mandate anzunehmen, die aus dem Zuständigkeitsbereich der Kommission stammen und die mit mehr als 5000 Franken pro Jahr vergütet werden.

Für einmal hat Roger Köppel, SVP-Nationalrat und Verleger der «Weltwoche», recht. In einem Video, das der «Tages-Anzeiger» kürzlich zitierte, stellte Köppel fest: «Das Problem ist, dass Politiker, nachdem sie gewählt wurden, zum bezahlten Söldner mutieren.»

Beat Rieders Vorstoss hat kaum Chancen auf Erfolg. Es sei denn, die öffentliche Meinung erwacht und macht der Kolonisation der Bundesversammlung durch Privatinteressen ein Ende.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Im Januar erschien sein neuestes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**



Semi-Truck: Tesla mehr wert als VW und BMW zusammen. Spinnen die Börsianer?

2020 will der US-Autohersteller Tesla seinen 40-Tonnen-Elektro-Truck auf den Markt bringen. Inklusive Giga-Chargern mit 1600 kW Leistung. Mit ein Grund dafür, dass Tesla an der Börse boomt.

Was interessiert die grosse Mehrheit der workLeserinnen und -Leser, die selber nicht spekulieren, schon die Börsenkurse? Über unsere Pensionskassen und unsere Nationalbank spekulieren wir irgendwie alle an der Börse, aber ohne Stimmrecht. So stiegen die Vermögen der Pensionskassen und der Nationalbank letztes Jahr um 150 Milliarden Franken. Und trotzdem sinken unsere Renten.

IRRE WETTE. Börsenkurse spiegeln die Erwartungen der Kapitalisten und ihrer Analysten und Analytinnen. Diese versuchen zu begreifen, welche Technologien, welche Produkte sich wie profitabel durchsetzen werden. Und welche auf der Strecke bleiben. Ab und zu irren sich die Spekulanten und ihre Wasserträger. In der Regel liegen sie allerdings nicht ganz falsch. Sonst wäre der Kapitalismus längst kollabiert. Inzwischen ist Tesla mehr wert als VW und BMW zusammen. Eine irre Wette auf die Zukunft, weil allein VW 30 Mal mehr Autos verkauft als Tesla.

Tesla wird 2020 seinen Semi-Truck in einer Vorserie auf den Markt bringen. Noch scheint sich in der Schweiz nie-

mand so richtig dafür zu interessieren. Denn Entwicklungen vorhersehen ist in der Schweiz etwa gleich verbreitet wie Kriket spielen.

Semi-Truck 1: Die mittlere Variante des 40-Tonnen-Semi-Trucks von Tesla wird gut 200 000 Franken kosten. Er fährt vollgeladen mit einer Batterie-ladung 800 Kilometer weit. Und verbraucht pro 100 Kilometer nur 125 Kilowattstunden Strom. Seine Batterien müssen folglich 1000 Kilowattstunden Strom speichern können. Zum Einsatz kommen sollen neue Batterien, die pro Kilo mehr Wattstunden speichern. Spannend.

Semi-Truck 2: Der US-amerikanische Tesla-Unternehmer Elon Musk verspricht für seine Sattelaufleger eine Lebensdauer von 1,6 Millionen Kilometern. Wenn das wahr sein sollte, dann machen Verzinsung und Amortisation pro Kilometer weniger als 20 Rappen aus. Die Unterhaltskosten sollen zusätzlich weit tiefer sein als bei einem Diesellastwagen. Denn Elektromotoren brauchen kein Motorenöl und fast



WONDER-TRUCK: Der neue Elektro-Sattelschlepper von Tesla soll effizienter und billiger im Unterhalt werden und natürlich ökologischer. FOTO: TESLA

keinen Service. Bremsbeläge müssen nicht ersetzt werden, da die Motoren bremsen und so Energie zurückgewinnen.

Semi-Truck 3: Parallel zum Semi-Truck will Tesla offenbar auch einen Giga-Charger mit einer Leistung von 1600 Kilowatt auf den Markt bringen. Das

entspricht der Leistung von etwa 800 Haarföhnen, die gleichzeitig blasen. An diesen elektrischen Tanksäulen, an diesen Giga-Chargern sollen die Elektrobrummer innert 20 Minuten Saft für weitere 500 Kilometer tanken können. So lange dauert eine Pinkelpause samt anschliessendem Cappuccino.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/zug-verpasst Es lohnt sich, diesen Artikel von Frank Thelen zu lesen. Immer mehr stellen sich die Frage, ob die deutsche Autoindustrie den Zug verpasst habe.

● rebrand.ly/spannung-steigt Die deutsche Zeitschrift «Auto Motor und Sport» ist kein linkes Ökoheftli. Trotzdem hat sie alle verfügbaren Daten über den Semi-Truck von Tesla übersichtlich dargestellt. Können Tesla-Semi-Trucks teilautonom im Konvoi fahren? So wie das Tesla-Unternehmer Elon Musk versprochen hat? Werden so aus mehreren Tesla-Semi-Trucks faktisch Züge mit einem Chauffeur, einer Chauffeurin auf der Strasse? Die Spannung steigt.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERATE

TOPP-TIPP ODER VOLL-FLOP?

Mundart-Slam-Poet Remo Zumstein testet Life-Hacks - von Toner sparenden Schriftarten bis zu Strom spendenden Kartoffeln.

www.wagner.ch/it-schabernack





WAGNER

IT | PROJEKTE | OUTSOURCING

Erste Hilfe für Menschen mit letzter Hoffnung

www.msf.ch
PK 12-100-2



Mammut-Kongress des linken Denknetzes in Zürich vom 27. bis 29. Februar

Es gibt eine Alternative

Klimawandel, digitaler Kapitalismus und Fake News: Das sind die Hauptthemen am zweiten «Reclaim Democracy»-Kongress. Er dauert drei Tage und bietet alles – und noch viel mehr.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

«Es gibt keine Alternative», predigte einst die britische Premierministerin Margaret Thatcher: «There is no alternative», TINA! Und meinte damit: es gibt keine Alternative zur neoliberalen Wirtschaftspolitik. TATA! entgegenete darauf die französische Politikwissenschaftlerin Susan George und postulierte, «there are thousands of alternatives» – es gibt tausend Alternativen! Schon längst haben das Bewegungen wie die Klimajugend und die feministische Bewegung erkannt und treten ein für alternative Wirtschaftsformen, für einen Systemwandel.

Und genau darum geht es am zweiten Reclaim-Democracy-Kongress des linken Denknetzes in Zürich: «Ohne einen grundlegenden Wandel bleibt Klimaschutz zweitrangig, bleibt Care-Arbeit marginalisiert und Gendergerechtigkeit eine Illusion, nehmen soziale Ungleichheiten zu und werden diskriminierende Haltungen immer wieder neu befeuert», meint die Kongress-Programmgruppe. Und wartet auch dieses Jahr mit einem dreitägigen Veranstaltungsmarathon auf (5 Plenarveranstaltungen und über 50 Ateliers). Die thematischen Schwerpunkte: Klimawandel, digitaler Kapitalismus und Fake News. Dabei kommen auch gewerkschafts-

Demokratie ist die Basis für globale Gerechtigkeit.

politische Fragen zur Sprache: etwa die nach den Gewerkschaften und der Klimapolitik oder nach den Auswirkungen der Digitalisierung auf den Service public und die Weiterbildungsmöglichkeiten.

Getragen wird der Kongress von 51 Organisationen, darunter auch die Unia. Denknetz-Geschäftsführer Beat Ringger sagt: «Wir wagen nach



KONGRESS: In 5 Plenarveranstaltungen und über 50 Ateliers diskutieren geladene Gäste und alle Interessierten über die Zukunft der Demokratie. FOTO: ZVG

dem ersten, erfolgreichen Kongress von 2017 nochmals das Experiment, eine Plattform für linken Ideenaustausch zu schaffen.»

SOLIDARISCHE ENTWICKLUNG

Die Demokratie zurückgewinnen («Reclaim democracy»): Das will der Denknetz-Kongress. Denn Demokratie ist die Basis für globale Gerechtigkeit und solidarische Entwicklung. Ringger: «Das Klimaproblem, die sozialen Verwerfungen oder die kapitalistische Standortkonkurrenz müssen wir unbedingt unter dem Begriff Demokratie diskutieren.» Denn: Deregulierung, Privatisierung, globale Steuersenkungswettläufe und internationale Handelsabkommen lassen den Einfluss demokratischer Entscheide schrumpfen. Stattdessen bestimmen globale Konzerne und eine schmale globale Klasse von Superreichen und Mächtigen die politische Agenda. Beispiel Glencore: Der weltweit grösste Rohstoffhändler und Bergbaukonzern mit Sitz in Zug erhöhte 2019 seine Öl- und Kohleförde-

rung. Um plus 8 Prozent bei der Kohle und um plus 19 Prozent beim Erdöl. Und dies just in dem Jahr, in dem in Brasilien und Australien Jahrhundertbrände wüteten und das als eines der wärmsten in die Weltgeschichte eingeht. Doch das ist Glencore egal. Was für die Konzerne zählt, ist der kurzfristige Profit.

DIE ZUKUNFT GEHÖRT UNS

Der Denknetz-Kongress will neben der Demokratie jetzt drum auch die Zukunft zurückerobern. Ringger sagt: «Wir wollen einen Weg finden, wie Bewegungen, NGO, Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien mehr Macht entfalten und den Systemwandel voranbringen können.» Genau diesem Grossthema ist die abschliessende Plenarveranstaltung gewidmet, an der unter anderen Nina Schulz von Greenpeace, Gewerkschafterin und Grünen-Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber oder SP-Nationalrat Cédric Wermuth auftreten. Weitere Gäste sind die preisgekrönte Schriftstellerin Melinda Nadj

Abonji, der Amazon-Kampagnenleiter bei der deutschen Gewerkschaft Verdi, Orhan Akman, SGB-Chefökonom Daniel Lampart, Unia-Ökonom Beat Baumann und, per Video: die Globalisierungskritikerin und Verfegerin des Green New Deal, Naomi Klein.

Eine Veranstaltung ist der irakischen Jugendbewegung und ihrer säkularen Revolution gewidmet. Dort auftreten werden die irakische Schauspielerin und Aktivistin Zahraa Ghandour. Sie spielte eine der Hauptrollen in Filmemacher Samirs neuem Streifen, «Baghdad in my shadow» (siehe auch das grosse work-Interview mit Samir über den Irak: rebrand.ly/samir-interview).

Reclaim-Democracy-Kongress: 27. bis 29. Februar 2020, Rote Fabrik Zürich
Der Kongress wird vom Denknetz Schweiz in Kooperation mit 51 Partnerorganisationen ausgerichtet.
Dreitagespass im Vorverkauf zu CHF 100.–/80.–/40.– erhältlich.
Programm: www.reclaim-democracy.org.

work1xl der wirtschaft

Hans Baumann



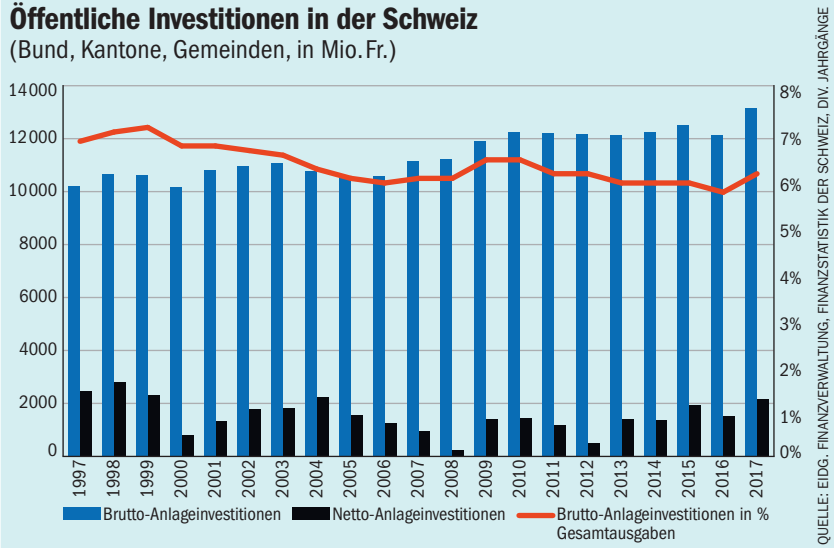
OECD ZUR SCHWEIZ: DER STAAT MUSS MEHR INVESTIEREN

Die bürgerliche Presse pickt gern jene Ergebnisse aus dem jährlichen Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) heraus, die ihr in den Kram passen. Im jüngsten Bericht zum Beispiel die Empfehlung, das Rentenalter der demographischen Entwicklung anzupassen beziehungsweise zu flexibilisieren.

KNAUSRIG. Der Bericht geht aber auch auf andere, dringende Probleme ein. Wie in anderen Industrieländern sinken oder stagnieren bei uns die öffentlichen Investitionen seit vielen Jahren. Das sind Investitionen in die Infrastruktur, also den Verkehr, das Gesundheitswesen, das Bildungssystem usw. Gemessen am Bruttoinlandprodukt sind die öffentlichen Investitionen in der Schweiz nur etwa halb so gross wie im Durchschnitt aller Länder, so der OECD-Bericht. Tatsächlich sind die staatlichen Bruttoinvestitionen – das sind alle Investi-

tionen inklusive Ersatz und Unterhalt bestehender Anlagen – in der Schweiz seit 1997 nur um rund 20 Prozent gestiegen, drei Mal weniger als das Bruttoinlandprodukt. Die staatlichen Investitionen sind gemessen an den gesamten Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sogar gesunken. Von 2009 bis 2016 verharrten sie bei rund 12 Milliarden Franken. Erst 2017 gab es wieder einen Anstieg auf gut 13 Milliarden.

HERAUSFORDERUNGEN. Der grösste Teil dieser Investitionen geht in die Erneuerung und den Unterhalt der Infrastruktur. Nur Anlagen im Wert von ein bis zwei Milliarden waren tatsächliche Neuinvestitionen, haben also das «Volksvermögen» vermehrt. Das ist bedeutend weniger als in den 1990er Jahren. In der gleichen Zeit erhöhten sich in der Schweiz die Privatvermögen um etwa 130 Milliarden pro Jahr, das ist rund 100 Mal mehr! Dabei gäbe es viel zu tun: Der OECD-Bericht empfiehlt, vor allem dort mehr zu investieren, wo grosse Herausforderungen auf uns zukommen. Bei der Klimawende, der Alterung der Bevölkerung, bei der Bildung und Kinderbetreuung. Höhere öffentliche



richt empfiehlt, vor allem dort mehr zu investieren, wo grosse Herausforderungen auf uns zukommen. Bei der Klimawende, der Alterung der Bevölkerung, bei der Bildung und Kinderbetreuung. Höhere öffentliche

Investitionen hätten auch eine nützliche Auswirkung auf die Geldpolitik und würden einer Aufwertung des Frankens entgegenwirken.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Politkomödie

«Moskau einfach!»

Im November 1989 fiel in Berlin die Mauer und es den Schweizerinnen und Schweizern wie Schuppen von den Augen: Der Fichenskandal flog auf. Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger realisierten, dass der Staat sie ausgespitzelt hatte. Dreissig Jahre später scheint die damalige Massenüberwachung mehr-



heitlich vergessen. Das könnte sich nun ändern. Denn mit «Moskau einfach!» ist Regisseur Micha Lewinsky eine urwitzige Komödie gelungen. Seine Geschichte handelt vom bieder-naiven Jungpolitizisten Viktor (Philippe Graber), der von seinem kaltkriegerischen Chef (Mike Müller) als Linkenschnüffler in die Zürcher Theaterszene eingeschleust wird. Viktor aber hat es schwer: Je länger er spitzelt, desto sympathischer sind ihm die Subversiven.

Moskau einfach!, Schweiz 2020, 99 Minuten, Regie: Micha Lewinsky. Jetzt im Kino.

NS-Geschichte

Schweizer im KZ

Vor genau 75 Jahren befreite die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau. Die Nazis ermordeten über 1,5 Millionen Menschen in ihrem grössten Vernichtungslager. Praktisch nicht bekannt ist, dass unter diesen Opfern auch Schweizerinnen und Schweizer waren. Insgesamt fast 800 Personen aus der Schweiz waren in NS-Konzentrationslagern interniert. Über die Hälfte von ihnen kehrten nie mehr zurück. Doch die Eidgenossenschaft schwieg zu diesen Verbrechen. Und nach dem Krieg gerieten etliche der KZ-Überlebenden sogar ins Visier der Bundespolizei – meist, weil sie Linke waren. Dass nun endlich Licht ins Dunkel kommt, ist allein den drei Journalisten Balz Spörri, René Staubli und Benno Tuchschnid zu verdanken. Ihr brillantes Buch verdient breiteste Beachtung.

Balz Spörri, René Staubli und Benno Tuchschnid: **Die Schweizer KZ-Häftlinge. Vergessene Opfer des Dritten Reichs**, Verlag NZZ Libro, Zürich 2019, 320 Seiten mit 147 Bildern, ca. CHF 48.–

Arte-Dossier

Protestjahr 2019

Frankreich, Algerien, Chile, Hongkong, Ecuador, Libanon ... In zahlreichen Weltregionen kam es 2019 zu Sozialprotesten und Massenaufständen. Kein Monat verging ohne die Meldung eines neuen Unruheherds. Kurz: Das letzte Jahr war eines der Revolte. Dabei glichen sich häufig sowohl Ursachen als auch Formen des Protests. Gegen Machtmissbrauch, ungerechte Gesetze oder Verarmung durch Preiserhöhungen entstanden Platzbesetzungen, Zeltlager, Flashmobs und Demonstrationen. Nun hat der TV-Sender Arte dazu ein einzigartiges Onlinedossier mit zahlreichen neuen Dokumentarfilmen zusammengestellt. Absolut sehenswert!

Sämtliche Reportagen und Kurzvideos gibt's online auf: rebrand.ly/protestwelle.



Das offene Ohr
David Aeby
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Mutterschaftsurlaub: Sind Ferienkürzungen erlaubt?

Ich bin kürzlich Mutter geworden. Nebst meinem Mutterschaftsurlaub habe ich vor der Geburt bereits 10 Wochen wegen Schwangerschaftskomplikationen bei der Arbeit gefehlt. Nun habe ich gesehen, dass mir mein Chef Ferientage gestrichen hat mit der Begründung, ich hätte dieses Jahr insgesamt fast 6 Monate gefehlt, und deshalb dürften mir die Ferien von 25 auf 15 Tage gekürzt werden. Ist das korrekt?

DAVID AEBY: Nein. Das Gesetz sieht zwar vor, dass im Falle von längeren Abwesenheiten (Krankheit, Unfall, Militärdienst) die Ferien gekürzt werden dürfen. Dies aber erst dann, wenn der Arbeitnehmer mindestens zwei ganze Monate gefehlt



FOTO: ISTOCK

BABYPAUSE: Ferienkürzung wegen des Mutterschaftsurlaubes sind verboten.

hat. Dann dürfen die Ferien für jeden ganzen gefehlten Monat um $\frac{1}{12}$ gekürzt werden. Anders bei schwangerschaftsbedingten Absenzen: Hier dürfen die Ferien erst gekürzt werden, wenn die Arbeitnehmerin nicht nur zwei, sondern mindestens drei volle Monate gefehlt hat. Wegen der 14 Wochen Mutterschaftsurlaub dürfen die Ferien nie gekürzt werden. Sie haben zwar insgesamt 24 Wochen gefehlt (ungefähr 5,5 Monate). Davon fielen aber etwas mehr als drei Monate in den 14wöchigen Mutterschaftsurlaub, für den ohnehin nicht gekürzt werden darf. Die restlichen knapp 2,5 Monate fielen zwar in die Schwangerschaftszeit, für die grundsätzlich gekürzt werden darf, aber eben erst ab drei Monaten.

Gehalt: Weniger Lohn während Ferien und Krankheit?

Ich arbeite im Verkauf. Dabei habe ich einen Grundlohn von monatlich 3000 Franken. Dazu kommen noch zwischen 500 und 1000 Franken als Provision, je nachdem, wie viel ich in dem Monat verkauft habe. Während meiner Ferien wurde mir nur der Grundlohn ausbezahlt. Dasselbe war auch der Fall, als ich mal zwei Wochen krank war. Ist das korrekt?

DAVID AEBY: Nein. Die Arbeitnehmenden dürfen während der Ferien finanziell nicht schlechtergestellt werden, als wenn sie gearbeitet hätten. Der Ferienlohn muss also genau gleich wie der normale Lohn neben dem Grundlohn auch die Zulagen wie Familien- oder Schichtzulagen und eben Provisionen enthalten. Da die Provision nicht jeden Monat gleich hoch ist, muss der Durchschnitt eines Jahres ausgerechnet werden, und diesen haben Sie während der Ferien zugute. Dauert das Arbeitsverhältnis weniger als ein Jahr, wird der Provisionsdurchschnitt aus den gearbeiteten Monaten genommen. Bei krankheitsbedingter Abwesenheit kann der Lohn zwar tiefer sein als normal (üblicherweise beträgt das Krankentagsgeld 80 Prozent des normalen Bruttolohnes), aber darin muss ebenfalls wie bei den Ferien die durchschnittliche Provision eingerechnet werden.

16 workservice 14. Februar 2020

Überhöhte Anfangsmiete, unangemessene Erhöhung, keine Zinssenkung: Missbräuchlicher Mietzins?

Mit rund 57 Prozent Nein-Stimmen ist die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» am letzten Wahlsonntag gescheitert. Die Frage bleibt also aktuell: Was können Sie gegen überhöhten Mietzins unternehmen?

MARTIN JAKOB

Rund 30 Prozent der Schweizer Haushalte geben für die Wohnungsmiete mehr als den empfohlenen Maximalbetrag von einem Viertel des Lohns aus. Auf jeden Fall ein gewichtiger Posten im Budget, bei dem es sich lohnt, genauer hinzuschauen:

Fall 1: Claudia und Marco Mazzoni brauchten für sich und ihre zwei Kinder dringend eine neue Wohnung in der Stadt Bern. Nach langer Suche fanden sie gerade noch rechtzeitig Ersatz – allerdings zu einem Preis, der ihr Budget arg strapaziert. 2750 Franken brutto für vier Zimmer. Völlig überteuert, wie sie fanden, aber sie standen halt unter Zeitdruck. Anfang Februar sind sie eingezogen. «Können wir jetzt noch etwas unternehmen?» fragen sie sich.

Fall 2: Hugo Gubler ist vor fünf Jahren in seine 3-Zimmer-Wohnung in Aarau eingezogen. Er bezahlt 1600 Franken Nettomiete pro Monat. Kürzlich ist ihm wieder einmal sein Mietvertrag in die Hände geraten. Er bleibt bei der Stelle hängen, an der als Referenzzinssatz für die Berechnung des Mietzinses ein Wert von 2 Prozent genannt wird. «Was das wohl heisst?» fragt er sich.

SCHLUPFLÖCHER

Als «riesigen Staubsauger, der den Leuten das Geld aus der Tasche zieht», hat SP-Nationalrätin Jacqueline Badran den Mietmarkt beschrieben (Interview im work vom

Auch die Anfangsmiete lässt sich anfechten. Frist beachten: 30 Tage!

17.Januar). 14 Milliarden Franken seien es pro Jahr, welche die Immobilienbesitzer an überhöhten Renditen abschöpften.

Aber die Schweiz hat doch ein Mietrecht! Tatsächlich, und es enthält sogar Regeln zum Schutz vor überhöhten Preisen. Die tönen

gut – und nützen wenig, weil sie den Vermietern viele Schlupflöcher lassen. Was sogar der Bundesrat selber zugibt: «Die Entwicklung der Wohnungsproduktion in der Schweiz zeigt, dass das geltende Mietrecht kein Investitionshemmnis darstellt», hat er in seiner feinsinnigen Antwort auf eine freisinnige Interpellation 2015 wissen lassen.

MIETE ANFECHTEN

Bis 1970 kannte die Schweiz eine behördliche Mietpreiskontrolle – tempi passati. Heute müssen Sie gegen missbräuchliche Mietzinse selber vorgehen. Grund und Gelegenheit dazu besteht in diesen Situationen:

● **Überhöhte Anfangsmiete.** Vermieter nutzen einen Wechsel gerne, um den Mietpreis nach oben zu schrauben, ohne dass damit ein Mehrwert für die Nachmieter verbunden wäre. Der so erhöhte Mietpreis ist oft missbräuchlich. Sie können ihn innert 30 Tagen nach Mietantritt vor der Schlichtungsstelle (siehe Text rechts) anfechten, wenn die Erhöhung erheblich ist (gemäss Mieterverband mehr als 10 Prozent). Die Anfechtung ist auch möglich, wenn Sie zum Abschluss des Vertrags aus einer persönlichen oder familiären Notlage gezwungen waren oder auf dem örtlichen Markt Wohnungsnot herrscht.

Claudia und Marco Mazzoni (Fall 1) können also während 30 Tagen nach Schlüsselübergabe ihren Anfangsmietzins anfechten. Zuerst sollten sie sich bei Nachbarn mit vergleichbaren Wohnungen im Haus und im Quartier nach deren Mietzinsen erkundigen; sie können zudem den Vermieter direkt fragen, was die Vormieter bezahlt hätten. Er ist zur Auskunft verpflichtet. Im Unterschied zu Bern schreiben andere Kantone den Vermietern vor, den Mietzins des Vormieters bekanntzugeben (Basel-Stadt, Nidwalden, Waadt, Zug und Zürich).



WORKTIPP

SINKT ER ODER NICHT?

Viermal pro Jahr legt das Bundesamt für Wohnungswesen den Referenzzinssatz zur Berechnung der Mietzinse neu fest. Seit Mitte 2017 gilt ein Satz von 1,5 Prozent. Experten gehen davon aus, dass er dieses Jahr auf 1,25 Prozent sinken wird, allenfalls schon beim nächsten «Zinstermin» am 2. März. Behalten Sie die Augen offen – die Senkung um 0,25 Prozent bedeutet für Mietwohnungen um bis zu 3 Prozent weniger Nettomiete.

● **Mietzinserhöhung.** Teuerung, höhere Betriebs- und Unterhaltskosten oder Umbauten und Renovationen nutzen die Vermieter zur Erhöhung der Mietzinse. Grundsätzlich ist das ihr Recht – aber ist die Erhöhung angemessen oder missbräuchlich? Oft taxieren Vermieter Investitionen als wertvermehrend, die dem Unterhalt zuzurechnen wären, und versuchen,

sie auf die Mieter zu überwälzen. Ob das bei Ihrer Wohnung der Fall ist, lässt sich von Laien schwer abschätzen. Tun Sie sich mit den anderen Parteien im Haus zusammen, und wenden Sie sich an eine Rechtsberatung, an den Mieterverband oder an die Schlichtungsstelle.

SENKUNG VERLANGEN

Zu unterscheiden gilt es die Mietzinsreduktion und die Zinssenkung. Eine Reduktion können Sie einfordern, wenn ein Mangel den Wohnwert beeinträchtigt. Klassische Beispiele sind ungenügende Beheizung oder Feuchtigkeitsschäden. Billigt der Vermieter die Reduktion nicht, müssen Sie Beweise sammeln und den Fall der Schlichtungsstelle vorlegen.

Krankenkassen sind unerbittlich, Schulden, die Sie

Bleiben Sie Ihrer Krankenkasse Prämien oder Kostenbeteiligungen schuldig, startet diese ein scharfes Inkasso. In sechs Kantonen droht Ihnen der Eintrag in eine schwarze Liste.

MARTIN JAKOB

Ob mit oder ohne Prämienverbilligung: die Kosten für Prämien, Franchise und den selbstbezahlten Teil der Arzt- und Apothekenrechnungen sind für viele Haushalte eine starke Belastung. Über sechs Prozent der Versicherten haben die Forderungen ihrer Krankenkasse schon einmal nicht fristgerecht bezahlen können.

STRIKTES VERFAHREN. Krankenkassen kennen kein Pardon, wenn Zahlungen ausbleiben.

Tatsächlich ist ihnen gesetzlich vorgeschrieben, wie sie vorzugehen haben. Sie müssen erst mahnen, dann eine Zahlungsaufforderung mit Frist von 30 Tagen zustellen und schliesslich die Betreibung einleiten. Führt diese nicht zur Zahlung, muss die Krankenkasse das Verfahren fortsetzen – bis zum Verlustschein, wenn nötig.

Zu den ursprünglichen Rechnungen kommen weitere Kosten hinzu: 5 Prozent Verzugszins, Betreibungskosten, Bearbeitungsgebühren. Häufig sind diese sehr hoch. Auch nach einem Bundesgerichtsurteil von 2016, das dem Spesenwucher der Krankenkassen Einhalt gebot, fallen zum Beispiel bei einer Forderung von 1000 Franken schnell einmal 250 Franken (erlaubte) Gebühren an.



WENN ZUM SCHMERZ DIE GELDSORGEN KOMMEN: Wer den Krankenkassen Geld schuldig bleibt, gerät in ihre Inkassomühle. FOTO: ISTOCK

So können Sie dagegen vorgehen

Wehren Sie sich!



jeder dritte Schweizer Haushalt mehr als ein Viertel des Einkommens. FOTO: KEYSTONE

Eine Mietzinssenkung haben Sie grundsätzlich dann zugute, wenn der für die ganze Schweiz

Es lohnt sich, den Referenzzinssatz im Auge zu behalten.

gültige Referenzzinssatz für Hypotheken heruntergesetzt wird und Sie nicht in einer subventionierten Wohnung leben – dort gelten andere Regeln. Dieser Referenzzinssatz ist in den vergangenen zehn Jahren von 3 Prozent auf heute 1,5 Prozent gesunken. Faustregel: Pro Viertelprozent weniger Zins muss die Miete um rund drei Prozent fallen. Allerdings dürfen die Vermieter die Teuerung und höhere Kosten aufrechnen. Oft

nehmen sie die Senkung nicht von sich aus vor, und Sie müssen diese selber einfordern. Verwenden Sie dazu den Musterbrief des Mieterverbands: rebrand.ly/senkung.

Sehen Sie jetzt in Ihrem Mietvertrag nach: Beruht er auf einem höheren als dem aktuellen Referenzzinssatz, können Sie die Senkung auch jetzt noch fordern. So wie Hugo Gubler (Fall 2) das nun tun wird. Das halbe Prozent Differenz beim Referenzzinssatz von Anfang 2015 zum heutigen Satz von 1,5 Prozent wird ihm zu einer um rund 90 Franken tieferen Miete (abzüglich Teuerung) verhelfen. Allerdings erst ab dem nächsten Kündigungstermin. Da hat Hugo Gubler seinem Vermieter in den letzten Jahren ordentlich Geld geschenkt. Schade, nicht wahr?

MIETKONFLIKTE

SCHLICHTUNG: WIE GEHT DAS?

Konflikte in Mietsachen sind nicht direkt bei den Gerichten klagbar. Zunächst müssen Sie sich dafür an die Schlichtungsstellen wenden. Sie sind vom Kanton eingesetzt. Den Vorsitz führt jeweils eine Amts- oder Gerichtsperson, anwesend ist zudem eine paritätische Vertretung der Mieter- und der Vermieterseite (meistens Fachrichter des Mieterverbands und des Hauseigentümergebäudes).

ERGEBNISSE. Die Schlichtungsstelle hat den Auftrag, die Parteien zu beraten und eine aussergerichtliche Einigung zu erzielen. Die möglichen Ergebnisse sind:

- Gütliche Einigung Parteien.
- Entscheid. Die Schlichtungsstelle fällt bei geringen Streitwerten einen Entscheid.
- Urteilsvorschlag. Die Schlichtungsstelle formuliert ein provisorisches Urteil. Lehnt keine Partei den Vorschlag ab, wird er zum rechtskräftigen Urteil.
- Klagebewilligung. Die Schlichtungsstelle erteilt die Bewilligung zur Einreichung einer Klage am Gericht.

FRISTEN. Wollen Sie gegen einen Anfangsmietzins, eine Mietzinserhöhung, eine Kündigung oder eine andere einseitige Vertragsänderung vorgehen, müssen Sie diese innert 30 Tagen nach ihrer Mitteilung anfechten. Die Schlichtungsstelle hat danach zwei Monate Zeit, das Verfahren zu eröffnen, und ist gehalten, es innert längstens zwölf Monaten abzuschliessen.

KOSTEN. Im Schlichtungsverfahren entstehen weder Gerichts- noch Parteikosten.

UNTERSTÜTZUNG. An den Verhandlungen müssen Sie persönlich anwesend sein, dürfen aber einen Rechtsbeistand mitnehmen. Der Mieterverband empfiehlt, sich bereits vor dem ersten Gang zur Schlichtungsstelle beraten zu lassen. Für Mitglieder ist die Beratung kostenlos. (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



ACHTUNG, WERBUNG: Steht bei einem Google-Suchergebnis «Anzeige», kann auch ein unseriöses Angebot dahinterstecken. FOTO: ISTOCK

Google: Vorsicht vor falschen Tests

Aufgepasst bei der Google-Suche. Die obersten Ergebnisse sind nicht immer seriös. Das musste auch ein «Saldo»-Leser aus Zürich erfahren. Er suchte via Google nach einem guten Antivirusprogramm. Als Suchanfrage gab er ein: «Antivirus Programm Test». Zwei der obersten Suchergebnisse klangen vielversprechend: «Die 10 besten Antivirenprogramme» hiess das eine, «Top 10 Antivirus im Test» das andere.

GEFÄLSCHT. Die obersten Einträge bei Google sind meist bezahlte Werbung und klein mit «Anzeige» markiert. Die Inhalte können gefälscht sein – wie in diesem Fall. In beiden Tests schnitt das Antivirusprogramm «Total AV» sehr gut ab. Das Jahresabo kostete 20 Franken. Als es der Leser installierte und damit unzufrieden war, wollte er das Abo kündigen. Doch

das akzeptierte der Hersteller von «Total AV» nicht. Er überhäufte den Leser mit E-Mails: Er schickte sowohl Mahnungen als auch ausführliche Schreckensszenarien, was geschähe, wenn das Programm entfernt würde. Erst als der Leser nach sieben Monaten seine Kreditkarte sperren liess, endete die aggressive E-Mail-Flut. Tipp: Vertrauen Sie nur Tests aus seriösen Quellen. Zum Beispiel von der deutschen Stiftung Warentest (test.de) oder von AV-Test, einem unabhängigen Forschungsinstitut für IT-Sicherheit (av-test.org). MARC MAIR-NOACK

Der Hersteller schickte drohende E-Mails.

wenn Rechnungen unbezahlt bleiben krank machen können

Ist die Betreibung einmal im Gange, meldet die Krankenkasse die Schuldnerdaten an den Kanton, worauf dieser 85 Prozent der Forderung an die Kasse vergütet und diese den Rest vorläufig ans Bein streicht. Die säumige Person ist damit al-

Schwarze Liste – das bedeutet Behandlung nur noch im Notfall.

lerdings nicht aus ihrer Schuld entlassen: Die Kasse kann danach weiterhin versuchen, den Verlustschein noch zu Geld zu machen. Hat sie ganz oder teilweise Erfolg, erhält der Kanton 50 Prozent des Erlöses. Ausserdem: Wer bei seiner Kasse Schulden hat, bleibt an sie gebunden. Kassenwechsel – auch zu einem

günstigeren Anbieter – sind also nicht mehr möglich.

SCHWARZE LISTEN. Dass der Kanton den grössten Teil der Schuld vorläufig übernimmt, gilt erst seit 2012. Bis dahin stellten die Kassen ihre Leistungen bis zur Schuldentilgung ein. Sinn der damaligen Neuerung: Auch Menschen, die sich aus finanzieller Not bei ihrer Krankenkasse verschuldet haben, sollen weiterhin Leistungen aus der obligatorischen Versicherung beziehen können. Allerdings dürfen die Kantone bis heute selber entscheiden, ob sie Personen mit Zahlungsrückstand nicht doch lieber abstrafen wollen. Die Kantone Aargau, Luzern, Schaffhausen, Thurgau, Tessin und Zug führen schwarze Listen: Wer darauf landet, muss

künftig die Arztrechnungen selber bezahlen (wovon denn?!). Einzige Ausnahme sind Notfallbehandlungen bei akuten, schwerwiegenden Gefährdungen der Gesundheit.

HILFE SUCHEN. Wissen Sie selber kaum, wie Sie Prämien und Arztrechnungen bezahlen sollen? Obwohl Sie bereits eine Prämienverbilligung erhalten? Schlagen Sie der Krankenkasse Teilzahlungen vor. Prüfen Sie den Wechsel zu einem günstigeren Versicherungsmodell. Scheuen Sie sich nicht, abklären zu lassen, ob Sie Anrecht auf Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen haben. Und falls Sie bereits Schulden drücken: Bei einer der Schweizer Schuldenberatungsstellen erhalten Sie Hilfe (schulden.ch).

ZUSATZVERSICHERUNGEN

DA GILT PRIVATRECHT

Die im nebenstehenden Beitrag beschriebenen Inkassoregeln gelten für die obligatorische Krankenversicherung (Grundversicherung nach KVG). Zusatzversicherungen (VVG) unterstehen dem Privatversicherungsrecht. Hier darf die Versicherung nach erfolglosen Mahnungen die Leistungen einstellen und den Vertrag fristlos kündigen. Natürlich steht ihr danach auch das Betreibungsverfahren offen.

Movendo-Kurs: Stellensuche mit 50+ Politisch denken – praktisch handeln

Dieser Kurs für ältere Stellensuchende bietet neben praktischen Bewerbungshilfen auch Hintergrundinformationen zum Arbeitsmarkt.

Wer über 50 ist und eine neue Stelle finden muss, trägt ein deutlich höheres Risiko, langzeitarbeitslos zu werden. Das ist für die Betroffenen schlimm und für die Gesellschaft ein Politikum. Die Gewerkschaften haben die politische Diskussion angestossen – mit breitem Echo. So schlägt der Bundesrat nun unter anderem eine Überbrückungsrente für Ausgesteuerte ab Alter 60 vor.

Im Kurs «Auf Stellensuche mit 50+» macht SGB-Cheföko-

nom Daniel Lampart mit der aktuellen Debatte bekannt und vermittelt Inhalt und Stossrichtung der gewerkschaftlichen Forderungen. Und Coach Rolf Summermatter unterstützt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Optimieren ihres Bewerbungsdossiers und in der Vorbereitung auf Vorstellungsgespräche. (jk)

5. bis 6. März 2020, Olten, jeweils 9 bis 17 Uhr. Anmeldung über movendo.ch

PS: Haben Sie das Movendo-Seminar «Meine Rechte am Arbeitsplatz» bereits besucht? Am 25. März können Sie Ihre Kenntnisse im eintägigen «Aufbauseminar Arbeitsrecht» vertiefen!





Über 9000 Ferien- und
Freizeitanbieter werden
günstiger durch Reka-
Checks: ÖV, Reisebüros,
Hotels, Restaurants,
Kinos, Tankstellen,
Freizeitparks u. v. m.
www.reka.ch

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR.2
Das Lösungswort lautete: DEMONSTRATION

	K	R			M	E			A		O										
	A	E	V	C	H	T	E	N		S	T	I	M	R	E	C	H	T			
	T		T	E	C	H	O		S	T	A	T	I	S	T		K		O	U	T
	A	U	S	L	E	S	E		S	T		I	E		R	D	A	V	O	S	
G		R	E	T	A		B		B	E	I	R	R	E	N		G		P		L
	A		A		L	A	T	E	R	N	E		G		R	E	M	O			
	K	E	L	L	E	R		L	I	B	N	K		F	E	D	E	R	E	R	
H	T	M	L		G		L	I	B	A	N	O		N		G		L	E		
		P		T	E	T	A	N		U	S		B	E	T	O	N				
	F	O	E	H	N		G				C	L	E	A	N		S		N		
M		I	R	E		M	E	S	S	I	A	S		S		F	E	E			
	A		K	O	H	O	R	T	E		M	R	I	M		I	N	I			
	S	T	A	R		N		U	S	E	O		U	L		R	E				
	K		H	I	N	T	E	R	H	E	R		T	E	A	S	E	R			
K		O	L	L	E	G	I	U	M		M	A	N	H	A	T	T	A	N		

DEN PREIS, eine Übernachtung im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Heinz Gysin, Hölstein BL. Herzlichen Glückwunsch!

kurze, spontane Demo			Stadt in Italien	höchstes Wesen	Mineralfett für Salben			arab. Sultanat	Kind von Sohn od. Tochter	Nasallaut	Vogel, Aass-fresser		fertig-gekocht		weibl. Nutztier	Vorangeschender	Elend, Bedrängnis	Doppelkonsonant
nicht schnell	→			↘				Verkäuferinnen gewinnen Prix ... 2019	→	↘	7					↘		↘
Autokz. Appenz. Ausserrhoden	→		Geisteskranker, Verrückter	↘	Vokalkünstler	→			4				Variante		Farbe beim Roulette	→		
Bleistifteschärfen	→						Ostgermanin	↘		Woge, Flut		Furcht	→		6			Richtungsanzeiger
→		3			Halbedelstein		Handwerk	→		1					süsser Brotaufstrich		Vorname d. Autors Meinenberg ↑	↘
Trikothemd		Altersgeld, Pension	↘	Westösterreicher	→						chem. Element (giftig)		Ort mit Gleichberechtigung auf Schildern	→				
US-Bundesstaat	→				2	sorgenvoll zaudern		Computereingabetaste	↘	Schlagader	→		11					
→			Fussbekleidung		Endpunkt, Destination	→			↘				unerbittlich	↘	Abk.: künstliche Intelligenz	→	12	
männl. Schwein	Kameraständer		trop. Baumsteppe	→						veraltet: Wagenschuppen		echt, wirklich	→					
immer, dauernd	→			13	Wühlmausart: ...ratte	↘		hervorstehen	→	Leitung bei Filmaufnahmen	→					Küstenstadt in Florida	↘	Geräuschlos
→			schweiz. Radio- u. Fernsehgesell.	↘	besprechen, erörtern	→			↘			Wintersportort im Engadin	↘	gekochter Fruchtbrei	→			↘
Figur d. Nibelungenliedes		Veranstaltung an der Uni	→					10	Mut und ... kommt gut		Einzelmusiker	→						
Vorform der Braunkohle	→			↘	Skatbegriff		an diesem Ort, dort		dagegen	→					Abk.: Rappen		Abk.: Astronom. Einheit	↘
Rentenklau im ...		Richtungsangabe	→							5		gewöhnlich	→					
→			frz.: Genfersee; Le ...	→					Freundschaftsmatch	→					8			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

**Lösungswort einsenden an: work,
Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per
E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 21. Februar 2020**

PeKo-Tagung der Industrie 2020

Das Potenzial des ökosozialen Umbaus für den Sektor Industrie

Freitag, 6. März 2020
9.30 – 13.30 Uhr

An der diesjährigen Tagung für Mitglieder von Personalkommissionen in der Industrie diskutieren wir über den ökosozialen Umbau und seine Chancen und Risiken für die Schweizer Wirtschaft.

Unia Zentralsekretariat
Weltpoststrasse 20
3000 Bern 15

An der PeKo-Tagung referieren und diskutieren:

Prof. Dr. Bernhard Wehrli
Department of Environmental Systems Science, ETH Zürich

Prof. Dr. Roland Siegwart
Department of Mechanical and Process Engineering, ETH Zürich

Sabine Döbeli
CEO Swiss Sustainable Finance

Corrado Pardini
Mitglied Geschäftsleitung Unia, Sektorleiter Industrie

Moderation: **Roland Schiesser**

Anmeldung bis 28. Februar 2020 unter industrie@unia.ch
Mehr Infos: www.unia.ch/tagung-industrie



Wir sind die Industrie!
L'industrie c'est nous!
L'industria siamo noi!

UNIA





WORKLESERFOTO

Abendzauber im Goms

WANN Januar 2020
WO Selkingen VS
WAS Abendstimmung im Goms
Eingesandt von Fritz Imhof, Selkingen VS

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

workquiz



Wie gut sind Sie?

- 1. Detailhandel I:**
Was ist ein Hoodie?

 - a) ein Hudigäggeler?
 - b) ein Kapuzenmantel?
 - c) ein Kapuzenpulli?
 - d) ein Kapuziner?
- 2. Detailhandel II:**
Wann forderte die NZZ längere Laden-Abendöffnungszeiten?

 - a) am 14. April 1291?
 - b) am 14. April 1848?
 - c) am 14. April 1961?
 - d) am 14. April 2019?
- 3. Detailhandel III:**
Was ist ein Robo-Shop?

 - a) ein automatisches Hunde-WC?
 - b) ein Bruder von Robocop?
 - c) ein Geschäft für Roboterzubehör?
 - d) ein Laden ohne Verkaufspersonal?
- 4. Detailhandel IV:**
Mit wem ist Globus-Käufer René Benko befreundet?

 - a) mit dem österreichischen Kanzler Sebastian Kurz?
 - b) mit dem österreichischen Ex-Kanzler Alfred Gusenbauer?
 - c) mit dem österreichischen Rechts-aussen Heinz-Christian Strache?
 - d) mit Lindt & Sprüngli-CEO Ernst Tanner?



FOTO: NZZ

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lc; 2c; 3d; 4a–d: uenigslös

WORKPOST

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik

LED-Röhren: Tiefgaragen sind Tatorte des ökologischen Umbaus

Die neue LED-Röhre von Philips verbraucht viermal weniger Strom als die alten Neonröhren. Und das ist noch lange nicht ihr einziger ökologischer Vorteil.

Es gibt in der Schweiz 30000 Tiefgaragen und Sommerkellern. Viele sind mehr oder minder sanierungsbedürftig. Mit anderen Worten: viel Arbeit für das Baugewerbe, wenn wir denn in Zukunft noch so viele Autos brauchen würden wie heute.

Tiefgaragen sind immer auch etwas unheimlich. Sie flimmern um Ängste ein. Deshalb geschehen hier in den TV-Krimis regelmäßig Morde und Verbrechen. Dabei belügen Statistiken: Die Zahl der Gewaltverbrechen ist gesamtlastig rückläufig. Und Parkhäuser sind keine belebten Tatorte.

Spielt alles keine Rolle, denn die Mächte des faktischen Irrationalen sind vielfach stärker als alle weisen, schafflichen Erkenntnisse. Können wir etwas dagegen machen?

LANGES LEBEN: Schrittweise lösen LED-Röhren die alten Neonröhren in den 30000 Schweizer Parkhäusern ab. In wie vielen? Wir wissen es nicht. Diese Statistiken zählt lieber die Schweiz in den Kellern. Die Umstellung verbessert bei gleich viel Lumen pro Röhre nicht die Beleuchtung, aber innerlich verbrauchen LED-Röhren, richtig verstanden, viermal weniger Strom als Neonröhren. Und sie reagieren schneller auf Impulse der Bewegungsmelder und Lichtschalter. Weiterer Vorteil: Ihre Lebensdauer ist durchschnittlich mindestens fünfmal länger. Man muss sie weniger auswechseln.

Eigentlich eine Erfolgsgeschichte ohne Gleichen. Wir müssen uns ab dieser leichtesten Fortschrittsbewein, tun es aber nicht. Weil gute Nachrichten in der Regel keine Nachrichten sind.

VOLLE KRAFT: Aber gut ist nicht gut genug. Jetzt bringt der Elektronikkonzern Philips eine neue LED-Röhre mit Sensor auf den Markt, die alles bisherige vorwärtlich in den Schatten stellt.

Philips-Vorteil 1: Während durchschnittlich 23 Stunden am Tag werden Autos nicht benutzt. Sie stehen auch in Parkhäusern nur herum. Dies wird sich erst etwas ändern, wenn sich selbst steuernde Roboterkaros in die privaten Stellplätze einparken.

Beste befallenen fahrbaren Untersätze aus dem Markt drängen. Bis es so weit ist, ein Lichtblick: Die neuen LED-Röhren verbrauchen im Sparmodus nicht mehr als 24 Wattstunden wie die alten Neonröhren, sondern nicht einmal 5 Wattstunden. Und vermittelt trotzdem ein Gefühl von Sicherheit dank beschleunigter, flächendeckender Ausleuchtung jedes Parkhauses.

Philips-Vorteil 2: Sobald sich eine Auto fährt oder ein Ausfahrbahn bis zu einem oder weg von ihrem Auto bewegt, strahlt die LED-Röhre mit ihrer vollen Kraft von 135 Lumen pro Watt. Dies alles dank den in den LED-Röhren integrierten Bewegungsmeldern.

Philips will die Lumen pro Watt und somit die Energieeffizienz nicht um gut 10 Prozent erhöhen. Und andere Hersteller werden die stete Vorgabe aufheben und vergleichbare oder noch bessere Produkte auf den Markt bringen.

Sinnvoll wären in der Mehrzahl der Fälle LED-Röhren mit integrierten Bewegungsmeldern, die erst anstrahlen, wenn sich etwas bewegt. Und die Investitionsbedarf und Energieverbrauch so weiter senken.

Für die leuchtenden Spurrückspiegel und Spurröhre noch die entscheidenden Grossverordnungen. Wenn die LED-Röhre zu 90 Prozent im saftigen Sparmodus Sicherheit vermittelt, braucht sie im Jahr nicht einmal 60 Kilowattstunden Strom. Wenn man auf den Sparmodus verzichtet, wären es noch 24 Kilowattstunden.

LINKS ZUM THEMA:

- » Beleuchtung/hausplanung:** In Österreich kommt man Freizeitspaziergängerinnen und -besucherinnen. Statistisch gesehen sind Parkhäuser weniger gefährlich als gefürchtete.
- » Beleuchtung/hausplanung:** Seit sich selbst leuchtende LED-Röhren mit Bewegungsmeldern schenken können? Einmal 1500 um lange Philips LED-Röhre kostet an die 35 Franken. Die Preise werden weiter sinken, sobald die Konkurrenz nachzieht. Das Folger: Der steigende Umkreis dank Effizienzgewinnen reduziert sich.

Sie finden alle Links zum Thema unter der Rubrik www.workzeitung.ch

WORK 2 / 31.1.2020: LADEN DES LACHELNS

Wie Menschen 2. Klasse

Ich habe rund 10 Jahre im Verkauf gearbeitet. Zuerst als Verkäufer, dann im Kundenservice (Reparaturannahme). Ich habe von Morddrohungen über üble Beschimpfungen, auch unter die Gürtellinie, mir alles anhören müssen. Da wirst du behandelt wie ein Mensch zweiter Klasse.

Aber das ist nicht nur im Verkauf so. Jetzt arbeite ich als First Level Supporter bei einer taiwanesischen Computerfirma. Da ist es auch nicht anders. Am Telefon oder im Laden bekommst du halt den ganzen Frust auf einmal zu spüren. Oft oder meistens für Dinge, für die du nichts und die du auch nicht ändern kannst.

ALAIN OTT, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

WORK 2 / 31.1.2020: CHAOS IN BOLIVIEN

Deswegen ist Evo weg

Der kubanische Poet José Martí schrieb: «Die Wahrheit, die einmal erwacht ist, kehrt nie wieder zum Schlaf zurück.» Ziegler schreibt: «Im Erwachen der bolivianischen Indianer liegt eine ungeheure Kraft. Sie werden sich nicht wieder unterwerfen.» In der Tat. Deswegen ist Compañero Evo ja jetzt weg.

PETER BITTERLI, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

festgehalten, dass das LED-Licht für die Augen wegen des hohen Blauanteils schädlich sei. In Schulen wurden Klassenräume während einiger Zeit mit LED-Lampen bestückt. Anschliessend wurden die Leistungen mit denjenigen während der Beleuchtung mit herkömmlichen Leuchten verglichen. Die Leistungen während der Zeit mit LED-Beleuchtung waren erkennbar schlechter. Zu guter Letzt hat der Versuchsleiter erwähnt, die EU wolle bis 2021 nur noch LED-Leuchten zulassen. Angesichts der klaren Schädlichkeit für die Augen sollte man das verhindern können.

WILLI AERNE, STAAD SG

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **Redaktion work, Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

Im Rahmen unserer innovativen Erschliessungsprojekte sucht die Unia per 1. April 2020 oder nach Vereinbarung mit Anstellungsort Bern zum Einsatz in der Deutschschweiz



eine/-n Trainee zur Ausbildung als Gewerkschaftssekretär/-in 80%

Deine Aufgaben

Agitieren, Befähigen und Organisieren – Mit Dynamik und Überzeugungskraft willst du dich gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen. Im Rahmen von Praxiseinsätzen in Projektteams erlernst du die Ansprache von Arbeitnehmenden und die Übersetzung von Anliegen in kollektive Aktionsformen zum Aufbau von gewerkschaftlichen Strukturen in Betrieb und Branche. Dabei hilfst du mit, Arbeitnehmende zu befähigen, sich selbst zu organisieren und ihre eigenen Interessen wirkungsvoll zu vertreten, sich in kreativen Kampagnen durchzusetzen und neue Mitglieder zu gewinnen.

Die einjährige Traineezeit bei der Unia ermöglicht dir neben spannenden Praxiseinsätzen die Aneignung des nötigen fachlichen Rüstzeugs durch ein Weiterbildungsprogramm, durch das du sowohl in die Methodik des gewerkschaftlichen Organizing eingeführt wirst, als auch eine Ausbildung als Gewerkschaftssekretär/-in beginnen kannst, die zu einem EFZ führt.

Voraussetzungen

- abgeschlossene Berufsausbildung oder Studium
- ausgeprägte Kommunikationsfähigkeiten im persönlichen und im Gruppenkontakt
- nach Möglichkeit erste Kompetenzen für Gruppenanleitung und Moderation
- strukturiertes und konzeptionelles Denken und Arbeiten
- Teamfähigkeit sowie Umsetzungs- und Ergebnisorientierung
- erste Erfahrung in der politischen Arbeit in Gewerkschaften, Verbänden, NGOs, sozialen Bewegungen oder Parteien von Vorteil
- sehr gute Französischkenntnisse von Vorteil, ggf. auch einer Migrationssprache
- Einsatzbereitschaft und Belastbarkeit
- Flexibilität und Bereitschaft zu gelegentlicher Wochenend- und Abendarbeit
- Kenntnisse der üblichen eingesetzten Standardsoftware für Bürokommunikation (MS-Office)
- Fahrausweis

Unser Angebot

Wir bieten eine anspruchsvolle und herausfordernde Tätigkeit und Lernphase für Einsteiger/-innen, aber auch für Frauen und Männer, die in der Gewerkschaftsarbeit bereits über erste Erfahrungen verfügen, sowie für politisch Interessierte, die aktiv etwas bewegen und aufbauen wollen. Die Unia verfügt über ein transparentes und tätigkeitsgerechtes Entlohnungssystem, attraktive Nebenleistungen, und sie ermöglicht ihren Mitarbeitenden vielfältige Entwicklungsperspektiven im Berufsfeld Gewerkschaftssekretär/-in auf regionaler und nationaler Ebene.

Interessiert? Dann freuen wir uns auf deine aussagekräftige Bewerbung bis am 28. Februar 2020 an: bewerbung.be@unia.ch

Für Rückfragen steht dir Sören Niemann-Findeisen, Leiter Abteilung Erschliessung, Mobile 079 539 94 68, gerne zur Verfügung.

Reinigungsprofi **Sarah Casanova (34)** weiss, wie man Blutflecken entfernt oder was gegen Baustaub hilft

«Reinigen ist nicht einfach putzen»

Verrauchte Clublokale, chaotische Wohnungen, gefährliche Baustellen: Sarah Casanova hat in 15 Jahren Reinigungsbranche vieles gesehen – und noch mehr gereinigt. Heute gibt sie ihr Wissen in den GAV-Lehrgängen der Basis weiter.

SARAH FORRER | FOTOS NICOLAS ZONVI

Sarah Casanova bringt nichts so leicht aus der Fassung. Mit einem Lächeln auf den Lippen und fester Stimme erzählt sie von verwahrlosten Messi-Wohnungen. Und Spezialreinigungen in schwindelerregender Höhe. Auch verdreckte Toitot-WC auf Baustellen steckt sie locker weg. Nur wenige Erlebnisse gehen dem Reinigungsprofi wirklich unter die Haut. Eines davon war eine Wohnungsendreinigung. Der Bewohner, ein Mann, war tagelang tot in seinem Bett gelegen. Der Körper: verwest. Die Matratze: voller Maden. Die Wohnung: ein Chaos. Zwar waren die Leiche und die Maden bereits weg. Dennoch hatte sich der süßliche Geruch der Verwesung wie ein zäher Nebel in der Wohnung festgesetzt. Und nicht nur dort – auch im Gedächtnis von Sarah Casanova. «Da tschuderets mich noch heute, wenn ich nur daran denke!» sagt sie und zeigt auf ihren Arm, auf welchem sich wie zum Beweis die Härchen aufstellen.

Das ist die eine Seite ihres Jobs. Die andere Seite glänzt für die Zürcherin dafür umso mehr. «Mir gefällt die Arbeit in der Reinigungsbranche sehr. Sie ist enorm vielfältig!» Überall, wo sich Menschen begegnen, wo Menschen leben, arbeiten und sterben, braucht es sie, die oft unsichtbaren Helferinnen und Helfer. Im Bundeshaus wirbeln sie genauso wie in Nachtclubs, in Zügen, Flugzeugen, Chemiekonzernen oder privaten Wohnungen. Sarah Casanova ganz persönlicher Favorit sind Baustellen. «Dort arbeitet man Hand in Hand mit Stromern, Gipserinnen und der Bauleitung.» Dieser rege Austausch und die unvorhergesehenen Situationen entsprechen ihr. «Vieles entscheiden wir spontan vor Ort. Das entspricht meinem Charakter», sagt die Zürcherin.

RASCHER AUFSTIEG. Bereits mit 19 Jahren stieg Sarah Casanova in die Reinigungsbranche ein. Auf der untersten Stufe. Sie reinigte unterschiedlichste Büros und Wohnungen. Lernte, welches Mittel sich für welchen Boden eignet. Wie man Hochdruckreiniger bedient. Und worauf man beim Fensterreinigen in 30 Metern Höhe achten muss. Mit dem Abschluss als Gebäudereinigungsfachfrau mit eidgenössischem Fachausweis übernahm sie mehr Verantwortung und leitete ganze Teams. Auch nach der Geburt ihrer zwei Kinder arbeitete sie 80 bis 100 Prozent. Schaltete keinen Gang runter. Zuerst, weil sie es so wollte. Dann, weil sie musste. «Nach der

Trennung von meinem Mann trieben mich finanzielle Ängste um.» Alleinerziehend. Mit zwei kleinen Buben. Und einem neuen Job in einer Kaderfunktion: Der Tag hatte für Sarah Casanova plötzlich viel zu wenige Stunden.

Sie arbeitete fünf Tage, war an sieben Tagen fast 24 Stunden erreichbar. Sie betreute Objekte und Teams in der halben Schweiz. Verbrachte viel Zeit auf der Autobahn. Und sprang an der Front ein, wenn eine Reinigungskraft ausfiel. Kaum zu Hause, löste sie die Tagesmutter ab. Sie kochte und brachte ihre zwei kleinen Kinder ins Bett. «Ich hetzte zwischen Job und Muttersein hin und her. Ich aber blieb auf der Strecke. Das war eine harte Zeit.»

Erst als ihr Grossvater mit 91 Jahren einen Herzinfarkt erlitt und pflegebedürftig wurde, hielt Casanova inne. Überlegte, was ihr wirklich wichtig war. Und machte, was sie nie für möglich hielt: Sie kündigte. Von einem Tag auf den anderen. Ins Blaue hinaus. Nur mit dem Gefühl im Bauch: Ich muss das jetzt tun. «Ich wollte für meine Grosseltern da sein. Solange sie noch da waren.» Sie half bei der Pflege ihres Grossvaters mit und griff ihrer Grossmutter unter die Arme. Sie nahm sich Zeit für sie. Und für sich. «Es war eine intensive, aber wertvolle Zeit», erinnert sie sich.

WICHTIGE WEITERBILDUNG. Nach dem Tod des Grossvaters Ende 2018 stand sie vor der Frage: Was nun? Wie es der Zufall wollte, fingen zu dieser Zeit auch die neu eingeführten GAV-Lehrgänge an (work berichtete). Sarah Casanova sah ihre Chance. Als



Kursleiterin bei der Paritätischen Kommission Reinigung ZPK. «Ich finde die Basisausbildung mit dem vorgeschriebenen Deutschlevel eine hervorragende Idee. Das motiviert Reinigungskräfte mit Migrationshintergrund, die Sprache zu lernen.» Das A und O für Casanova. «Nur so verstehen sie die Anleitungen und können sich auch selbst mitteilen.»

Der Lehrgang garantiert nicht nur mehr Lohn – sondern für Casanova noch fast wichtiger: Er gibt Wissen auf den Weg. «Reinigen ist nicht einfach putzen. Es ist

eine Wissenschaft, die sich rasch entwickelt. Dafür müssen die Mitarbeitenden gewappnet sein.» Und wie wappnet sich Sarah Casanova selbst für die Zukunft? «Das Unterrichten macht mir Spass», betont sie. Daneben hat sie sich aber noch weitere Standbeine aufgebaut. Sie berät Unternehmen in Reinigungsfragen. Und greift ab und zu selbst noch zum Lappen – wenn im elterlichen Betrieb Leute ausfallen. «Ich bin vielschichtig unterwegs.» Ein Weg, der ihr gefällt: «Von mir aus könnte es so weitergehen!»

SARAH CASANOVA MIT PUTZEN GROSS GEWORDEN

Das Interesse für Wischtücher, Reinigungsmittel und Besen kommt bei Sarah Casanova nicht von ungefähr. Sie ist mit dem Geräusch des Staubsaugers aufgewachsen. Ihr Grossvater, ein gelernter Bäcker, gründete 1971 in Zürich eine Reinigungsfirma. Ihr Vater übernahm das Geschäft. «Am Mittagstisch erzählte er uns oft Anekdoten aus seinem Alltag.» Und nicht selten begleitete sie ihn – sei es in sein Büro, ins Lager oder zu den Kunden. «Das fand ich als Kind total spannend.»

ORDENTLICH. Schon damals schärfte sich ihr Blick für Sauberkeit. Eine Berufskrankheit, die sie nie ganz ablegen kann. «In den Ferien kontrolliere ich immer zuerst die Toiletten und schaue unters Bett», erzählt sie lachend. Auch daheim mag sie es gerne sauber und ordentlich. Vor allem im Badezimmer. Aber sie muss nicht mehr jeden Tag den Boden feucht aufnehmen. «Ich kann heute auch mal es Füüfi grad la sii.» Sarah Casanova ist keiner Gewerkschaft angeschlossen. Sie arbeitet heute in drei verschiedenen Jobs im Schnitt rund 80 Prozent pro Monat und verdient insgesamt rund 5200 Franken brutto.



GEWUSST, WIE: Wann welche Geräte und welche Mittel zum Einsatz kommen, ist in der Reinigung eine Kunst für sich.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejosee.kuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadinciau@workzeitung.ch; **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Sarah Forrer, Martin Jakob, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 83 058 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.